

Bemerkung: Für den Monat Dezember 1922...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 12. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Katlofer Abbruch in London.

Neue Konferenz: Paris 2. Januar. - "Die Industrie" gegen Cuno. - Die deutschen Vorschläge.

London, 11. Dezember. (WTB.) Um 7 Uhr abends wurde hier folgendes Communiqué ausgegeben:

Die alliierten Premierminister haben sorgfältig den augenblicklichen Stand des Reparationsproblems...

Es ist den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen...

London, 11. Dezember. (WTB.) Heute vormittag fanden lebhaft Privatbesprechungen Poincarés und de Lasteyries mit Zheuniss und Jasper statt.

Bereits gestern abend hatten Bonar Law und Poincaré die Unterbrechung der Verhandlungen ins Auge gefaßt.

Zuziehung der kleinen Entente.

Paris, 11. Dezember. (WTB.) Havas meldet aus London, daß, wenn nach Wiederaufnahme der Konferenz am 2. Januar eine Verständigung erfolgt...

Rede von Poincaré-Bonar Law.

Paris, 11. Dezember. (WTB.) Havas meldet aus London: Am Laufe der gestrigen Nachmittagsführung der alliierten Premierminister führte Poincaré aus...

Bonar Law zeigte sich äußerst zurückhaltend. Ohne Kritik über zu wollen, brachte er gegen das französische Projekt positive Einwendungen vor...

Ein Plan Bonar Laws.

Paris, 11. Dezember. (WTB.) Ueber den Stand der Beratungen in London berichtet der Sonderberichterstatter des "Petit Parisien" in London...

seinerseits einen Gegenvorschlag entgegenstellen. Die Alliierten müßten nach diesem englischen Gegenvorschlag fordern...

Im Reichstagsaal vereinigten sich gestern abend die Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu einem Protest gegen den Frieden von Versailles.

Und doch hätte dieser Gedanke der Konferenz schon durch einen Vorstoß Mussolinis nahegebracht werden müssen.

Die Vertagung oder, richtiger gesagt, das ratlose Auseinandergehen der Londoner Konferenz ist erfolgt...

Allerdings wird ihre Stellung dem Auslande gegenüber in verhängnisvoller Weise erschwert...

Nach Ablehnung des deutschen Vorschlages in London bleibt übrig festzustellen:

Zum deutschen Angebot ist die Industrie nicht befragt worden. Sie ist um nichts gebeten; sie ist auch nicht informiert worden.

Die anonyme Gesellschaft, die sich selber als "die Industrie" bezeichnet, fällt mit dieser Rundgebung der deutschen Regierung in einer Weise in den Rücken...

Natürlich aber bleibt diese Kritik noch harmlos gegenüber der geradezu höhnlichen Behandlung, die sich die Regierung Cuno...

Aber wer ist es eigentlich, der paßt? Das ist die Frage, über die sich auch "die Industrie" noch nicht ganz klar geworden zu sein scheint.

Diese Schwierigkeit ist dadurch noch gesteigert worden, daß von unverantwortlichen und unbefugten Stellen bei den Reparationsaläubigern Erwartungen geweckt worden sind...

So wird das Geheimnis der Industrie immer geheimnisvoller. Und es muß eine der wichtigsten Aufgaben einer jeden deutschen Regierung sein...

Die Regierung Cuno hat also bis zum 2. Januar 1923, dem Tag, der vielleicht endgültig über unser Schicksal entscheiden wird...

Die Kriegserklärung der Industrie wird von der Regierung mit folgender B.T.B.-Notiz beantwortet: Die deutsche Industrie hat bekanntlich wiederholt zum Ausdruck gebracht...

als den einzig möglichen Ausweg aus der jetzt unerträglich Lage ansehe. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Industrie trotz prinzipiellen Festhaltens an ihrem Standpunkt ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit feststellt, für den Fall der Annahme des in London zur Erörterung gestellten deutschen Vorschlags auch bei seiner Durchführung und Ausgestaltung mitzuwirken.

Noch nie ist auf eine stärkere Ohrfeige mit einer tieferen Berseugung geantwortet worden.

Eunos Brief an Bonar Law.

Wie B.T.B. meldet und wie auch in der englischen Presse bekanntgegeben wird, ist der von Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten von der deutschen Regierung in London unternommene Schritt in der Weise erfolgt, daß an den englischen Ministerpräsidenten Bonar Law Sonntag mittig folgender eigenhändige Brief des deutschen Reichsfinanzministers überreicht wurde:

Berlin, den 9. Dezember 1922.

Herr Premierminister!

Ich habe den Entschluß, die Leitung der deutschen Politik zu übernehmen, nur zu fassen vermocht, weil ich als Mann des praktischen Wirtschaftslebens tief von der Ueberzeugung durchdrungen bin, daß nur eine klare und entschlossene Aussprache über die schwebenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Deutschland und Europa aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verwirrung retten kann. Von einer schnellen, die Interessen aller Beteiligten ausgleichenden Lösung der Reparationsfrage hängt das Schicksal Europas ab. Die jetzige Reichsregierung hat daher vom ersten Tage ihrer Geschäftsführung ab ihre wichtigste Aufgabe darin gesehen, für die endgültige Regelung der Reparationsfrage eine Lösung zu finden, von der Ueberzeugung geleitet, daß die Befriedigung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung Deutschlands und Europas zu weit fortgeschritten ist, als daß ihr mit halben Maßnahmen noch wirksam begegnet werden könnte. Die Reichsregierung ist entschlossen, ganze Arbeit zu leisten.

Bei der Kürze der Zeit seit Uebernahme der Geschäfte ist es jedoch nicht möglich gewesen, diese Arbeiten für die endgültige Lösung zum Abschluß zu bringen.

Da die durch die Urteile der Reparationskommission vom 31. März und 31. Mai 1922 für das Kalenderjahr 1922 getroffene Regelung in Kürze abläuft und die weiteren Verpflichtungen Deutschlands aus dem Vertrag von Versailles sobald geregelt werden müssen, erscheint es der Reichsregierung notwendig, zunächst die in der Note der Reichsregierung vom 14. November an die Reparationskommission gestellten Anträge zur Entscheidung zu bringen.

Ich beehre mich, Ihnen, Herr Premierminister, als Vorsitzenden der gegenwärtig in London tagenden Zusammenkunft, in der Anlage einen Vorschlag zu unterbreiten, auf dessen Grundlage nach Ansicht der Reichsregierung die in der Note der Reichsregierung vom 14. November der Reparationskommission unterbreiteten Vorschläge praktisch durchgeführt werden können. Dieser Vorschlag ist dazu bestimmt, der endgültigen Lösung der Reparationsfrage die Wege zu ebnen. Der Ueberbringer dieses Schreibens ist ersucht, auf Wunsch weitere mündliche Erläuterungen zu dem Vorschlag zu geben.

Ich spreche dabei die zuversichtliche Hoffnung aus, daß Sie, Herr Premierminister, mit den in London vertretenen Mächten diesen Vorschlag als geeignete Grundlage für weitere Besprechungen, mit der Reichsregierung erachten werden.

Gewissenhaft, Herr Premierminister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung,

gez. Cuno.

Die deutschen Vorschläge.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Europa dringend und von lebenswichtiger Bedeutung ist. Sie ist daher mit aller Kraft bemüht, durch aktives Mitwirken zu einer solchen Lösung beizutragen. Angehts der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage ist die deutsche Regierung jedoch der Meinung, daß es notwendig ist, die Stabilisierung der Mark in Angriff zu nehmen und zu einer Verständigung über die Finanzierung der Reparations-

leistungen für die nächsten Jahre zu gelangen, um auf diese Weise eine Grundlage für die Wiederkehr politischer Ruhe zu schaffen, ohne die eine befriedigende, endgültige Lösung nicht möglich ist.

Die folgenden Vorschläge für eine vorläufige Regelung mögen daher als Mittel betrachtet werden, um den Weg für eine schnelle und endgültige Reparationsregelung zu ebnen.

1. **Stabilisierung der Mark gemäß der Note an die Reparationskommission vom 14. November 1922:** Die Mark muß unverzüglich stabilisiert werden, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch Deutschland in den Stand zu setzen, Reparationen zu leisten, wobei nach wie vor die Hilfe des Auslandes in Form eines erheblichen internationalen Bankenkredits als wirksamstes Mittel betrachtet wird, um einen vollen Erfolg der Stabilisierung zu sichern. Die deutsche Regierung ist entschlossen, den Versuch zu dieser Stabilisierung mit ihren eigenen Hilfsmitteln zu unternehmen, falls sich die Gewöhnung fremder Kreditgeber für den Augenblick als unzulänglich erweisen sollte; sie geht dabei von der Hoffnung aus, daß ihr der ausländische Kredit zu Hilfe kommen wird, sobald einmal die Markstabilisierung in Angriff genommen ist.

Diese Stabilisierungsaktion kann natürlich nur dann unternommen werden, wenn entsprechend dem Antrage in der deutschen Note vom 14. November die deutschen Leistungsverpflichtungen für die nächsten Jahre so geregelt werden, daß ihre Durchführung möglich ist, und wenn Deutschland in seinen Handelsbeziehungen zu fremden Mächten die Gleichberechtigung eingeräumt wird.

2. **Reparationen:** Deutschland schlägt vor, daß für die nächsten Jahre keine laufenden Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles durch eine in Deutschland und im Ausland aufzulegende Goldanleihe erfüllt werden. Es ist beabsichtigt, für den im Inland aufzunehmenden Teil der Anleihe weitgehende Steuerbefreiung zu gewähren, um der Anleihe einen möglich großen Erfolg zu sichern. Der Betrag der äußeren Anleihe soll ganz, die innere Anleihe mindestens zur Hälfte zur Abdeckung der deutschen Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden. Der Rest der inneren Anleihe müßte Deutschlands eigenen Bedürfnissen dienen, insbesondere der Stabilisierungsaktion. Die Auflegung der inneren Anleihe hätte sofort nach Beschlußfassung über den vorläufigen Plan zu erfolgen.

3. **Die deutsche Regierung ist bereit, mit den Alliierten sofort in Verhandlungen einzutreten, um diesen Vorschlägen ein praktisches Ergebnis zu sichern.**

Hinsichtlich der Einzelheiten des Plans werden folgende Vorschläge zur Ermöglichung gestellt:

Die in Deutschland aufzulegende Goldanleihe

soll mit höchstens 4 Proz. verzinst und mit 1/2 Proz. amortisiert werden. Ihre Zeichner sollen fernerhin von den deutschen Steuern, insbesondere von der Erbschafts- und der Kapitalertragssteuer befreit werden; überdies wird ihnen eine Amnestie hinsichtlich etwaiger Verzugsgegenstände der deutschen Kapitalfluchtzölle zugesichert. Auf diese Weise hofft man, das im Ausland verborgene deutsche Kapital zur Rückkehr nach Deutschland und zur Beteiligung an dieser Reparationsanleihe zu veranlassen.

Alle Zahlungen auf die Anleihe sollen in fremder Währung unter Zugrundelegung des täglichen Dollarkurses erfolgen. Einzahlungen auf die Anleihe können auf den internationalen Börsen angenommen werden, z. B. in Amsterdam, London, New York, Zürich, wo die Anleihe zum offiziellen Börsenverkehr zugelassen und hinsichtlich der Zinsen und Rückzahlung zahlbar zu machen wäre. Das Ergebnis der in Deutschland aufzulegenden Anleihe soll folgendermaßen verwendet werden:

Die Hälfte soll an die Reparationskommission abgeführt werden, die andere Hälfte, bis zu einem Betrage von beispielsweise 1 1/2 Milliarden Goldmark soll für Deutschlands eigene Bedürfnisse zur Verfügung bleiben, insbesondere für die Stabilisierung der Mark und für den Ausgleich des Reichshaushalts. Ein etwaiger Ueberschuß der zweiten Anleihehälfte über 1 1/2 Milliarden Goldmark wäre ebenfalls an die Reparationskommission abzuführen.

Gleichzeitig mit der Auflegung der inneren Anleihe würde die deutsche Regierung der Reparationskommission beispielsweise 3 Milliarden in deutschen Goldschaganweisungen übergeben, die im Ausland unterzubringen wären und deren gesamer Erlös an die Reparationskommission zu zahlen wäre. Zinsen und Tilgung auf diese Schaganweisungen wären sofort zu bezahlen. Ob die der Reparationskommission auszubehaltenden Goldschaganweisungen den gleichen Top haben sollen, wie die in Deutschland aufzulegenden Goldanleihe oder ob sie eine be-

sondere Anleiheform darstellen sollen, wäre noch mit Rücksicht auf die praktischen Möglichkeiten der Unterbringung dieser Anweisungen zu prüfen.

Die deutsche Regierung beantragt Befreiung von allen fällig werdenden Barzahlungen aus dem Vertrage von Versailles für zwei Jahre, sowie von den Sachleistungen, die nicht aus dem deutschen Haushalt bezahlt werden könnten. Die Tatsache, daß ein Teil der inneren Anleihe dem deutschen Haushalt zuzuführen soll, würde Deutschlands Fähigkeit zu Sachleistungen erhöhen. Die deutsche Regierung würde außerdem beantragen, daß für jede an die Reparationskommission aus dem Ertrag der inneren Anleihe gezahlte Milliarde Goldmark für ein weiteres Jahr seine weiteren Zahlungen aus dem Vertrag von Deutschland verlangt werden.

Die ganze Regelung hätte sich auf nicht mehr als vier oder fünf Jahre zu erstrecken.

Die oben erwähnten Goldschaganweisungen könnten durch die deutschen Forderungen sicher gestellt werden. Sie müßten die Priorität vor allen anderen Zahlungsvorgaben Deutschlands aus dem Vertrag von Versailles haben.

Sozialdemokratie und Steuerfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montagabend mit den Beschlüssen des Steueraususses über die Abänderung der Einkommensteuer. Es herrschte völlige Uebereinstimmung, daß die von den bürgerlichen Parteien gegen den heftigen Widerstand der Sozialdemokraten beschlossene wesentliche Milderung der Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen aus außen- und innenpolitischen Gründen unannehmbar sei und daß Maßnahmen gefordert werden müßten, durch die die Wirkung der Geldentwertung als steuerlicher Vorteil für die Besitzenden sofort ausgeschaltet wird.

Ein neuer Sparminister.

Das Kabinett Cuno hat dem Staatsminister a. D. Saemisch die Haushaltsprüfung der einzelnen Reichsministerien übertragen, um bestimmte Vorschläge für eine Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung, besonders für eine Verminderung des Personals und eine Aufhebung entsehrlich werdender Behörden auszuarbeiten. Herr Saemisch hat das Recht, zur Erledigung seiner Aufgabe einen oder mehrere Beamte hinzuzuziehen.

Deutschnationale Hoffnungen.

Halle, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem gegenwärtig in Halle stattfindenden Landesparteiitag der Deutschnationalen Volkspartei hat der Vorsitzende der Deutschnationalen, Hergt, eine große politische Rede gehalten, in deren Verlauf er folgendes ausführte:

„Es war ein Triumph für uns, daß die große Koalition zusammenbrach, aber noch ist sie in Preußen. Nicht viel will ich über die Sozialdemokratie reden, aber das sei gesagt, eine Partei der Autorität kann die Sozialdemokratie nicht werden. Man muß Herr der Masse sein, darf nicht ihr Sklave sein, wie es die Sozialdemokratie ist. Wenn wir in diesem Winter, was ich nicht hoffen will, zu neuen Unruhen kommen, dann wird das deutsche Volk dafür zu büßen haben, daß man die Sozialdemokratie nicht hinauswarf. Noch ist es nicht gelungen, aber es ist unser Ziel, auch in Preußen muß die Veränderung kommen.“

In diesem Zusammenhang erwähnt das sozialdemokratische „Volkswort“ in Halle, daß anlässlich des Deutschnationalen Parteitag auch die Gründung der programmatisch bereits angekündigten Frontkämpfergruppe stattfand. Für die Geschicklichkeit dieser neuesten Bildung sprachen die Ausführungen des Hauptmanns Werner, der u. a. den Satz prägte: „In dem kommenden Winter geht der alte Frontsoldat wieder an die Front.“ Deutscher können die deutschnationalen Absichten nicht enthalten werden. Man hofft, die Sozialdemokratie im Winter der Exekutive in Preußen zu berauben, um unter der erwünschten Voraussetzung von Hungerrevolten die bewaffnete Staatsmacht unter reaktionärer Leitung mit Hilfe bewaffneter deutschnationaler Frontkämpfergruppen gegen die Arbeiterchaft mobil machen zu können.

Hunger.

Von Erich Grisar.

Wie mit einem netzlichen Mädchen ist eine erste Begegnung mit ihm. Du nimmst ihn nicht ernst. Ländelst mit ihm, lächelst dich schalen, entlockst und lächelst dich schalen.

Sin und her geht das Spiel, ehe du merkst, daß es dich band. Die geringste Bewegung und du bist wieder frei. Doch daran liegt dir nicht viel. Du gönnt ihm die kleine Ede in deinem Hause, die er sich erobert, und lächelst. Vergißt ihn wohl auch, der sich Tage und Wochen nicht sehen läßt bei dir, bis er eines Tages die Hände ausstreckt nach dir. Fester, fester gemessen.

Du beginnst du zu ringen mit ihm. Ein Dugendmal wirft er sich nieder und läßt dich steyer bis zu dem Augenblick, da er dich herumwirft und springt.

Mit aufgerissenen Augen starst du ihn an, der deinem Blick lauernd begegnet.

Eine letzte Anstrengung. Frei glaubst du zu sein und bist es doch, der müde zurückinkt. Aus deinem Gesicht ist das Wachen verschwunden. Krallen entsetzt du an wütenden Löwen. Drohend, Furiosum wendet dein Blick sich ab, Freunde um Hilfe zu bitten.

Du schreist du das erste Mal auf. Hilflos bleibst du sie am Boden liegen. Ohnmächtige, soweit du blickst. Bedeckt und unkontrolliert von einem wütenden Wampir, der sich herumwirft wie ein Kranke im Fieber. Gefragt und verflucht von der unheimlich wachsenden Schar Ausgelogener, denen er Kleidungsstück um Kleidungsstück vom Leibe reiht, seine Scham zu bedecken. Doch es gelingt ihm nicht.

Drohend und unverhüllt wagt er sich vorwärts. Langsam. Eider. Von Straße zu Straße, von Stadtteil zu Stadtteil.

Ein Aus durchläuft diesen graulichen Zug, der Opfer um Opfer zurückzieht als Spur seines Weges.

Die Spitze macht halt. Vor drohenden Gittern steht wütend das graue Gespenst die Toren zurück. Nachlos.

Aus gelinden Fenstern ein höhnisches Lächeln.

Es raht durch das ganze Gefolge ein Schrei: Der Hunger beugt. Nachlos muß er sich bücken vor Toren des Reichthums. Hoffnung schmelzt in den Ecken. Doch sinken kräftlos die Arme. Hoffnungslos unendlich die Zahl der Verendenden. Zu Bergen häufen sie sich vor goldenen Toren.

Wie ein Blig ein Gebot. Und über die graufige Brücke raht vorwärts der Zug und wendet.

Auf der Straße der Komplex; denn Wohlstand, verteilt unter allen, besetzte den Feind der Gerechtigkeit.

Wann kommt dieser Tag? Und löst er uns Kraft, ihn zu erleben?

Wer fragt? Wie müssen sie halten, die Reste der Kraft, und sie freigen unendlich durch Willen zum Sieg.

Und wir werden ihn sehen, diesen Tag!

Warum das Deutsche Theater die Schauspieler bekämpfte. Ein Schauspiel des Deutschen Theaters schreibt im „Lage-Buch“ einen offenen Brief an Felix Holländer, den Direktor des Deutschen Theaters:

Felix Holländer hätte, wenn er seiner Natur folgen dürfte, die Forderungen der Schauspieler sofort bewilligt. Er ist kein Mann der Selbstsucht, liebt die Schauspieler, er liebt uns wie ein verständnisvoller Kamerad, er hat keinen geringen Erwerbsinn wie all die Salzenburge, die jetzt die Majorität der Berliner Direktoren ausmachen. Wenn irgend jemand eines Anwaltes bedürftig ist, dann Felix Holländer, auf dem Papier Direktor dreier Berliner Theater, in Wahrheit Opfer der schweigenden Spinne Edmund Reinhardt, die im Dunkel seines Bureau in der Schumannstraße bleibt und der eigentliche Herr der drei Theater ist. Als ich den Aufsatz Holländers gegen die Forderungen der Schauspieler las, da nahm ich mir vor, den Direktor des Deutschen Theaters öffentlich zu fragen: Ist es wahr, Felix Holländer, daß Sie einen so fürchterlichen Vertrag mit Reinhardt haben? Ist es richtig, daß Sie Abend für Abend ein Drittel Ihrer Brutto-Einnahme an die Spinne im Vorberhaus abführen müssen? Wenn dieser heilloszunehmende Vertrag mit Reinhardt besteht, und wenn Sie außerdem ein Drittel Ihrer Gesamt-einnahmen an die Stadt abzuliefern haben, dann bleibt Ihnen stets nur ein Drittel Ihrer Einnahme zur Befriedigung der Schauspieler, Arbeiter, Dichter, Musiker usw. Wir Schauspieler, die Sie seit Jahren kennen, sind Ihnen nicht gram, wir wissen, daß Sie das Opfer einer Unfallentzwei sind, die nicht Ubergreifendes hat. Reinhardt, der große Künstler, aber-ebenfalls Mensch, hat Ihnen einen Vertrag um den Hals gebändert, der Ihnen auch bei glänzendem Geschäftsgang keine ökonomische Möglichkeit des Bestandes gibt. Sie treten gegen die Götter an! Sie, Felix Holländer, Opfer der großen Spinne, sollen mit Ihrem Vertrag und Ihren Büchern zu uns kommen! Und wir alle ständen auf Ihrer Seite gegen die schweigende Spinne.

Ein Kunstabend des Bezirksamtes Kreuzberg. Gymnastik und rhythmische Tänze waren der Inhalt der Spielfolge des ersten Kunstabends des Bezirksamtes Kreuzberg am Freitag in den „Kammerläden“. Die eintretenden gymnastischen Vorführungen der Schule Ulla Gindler-Berlin (Gehen, Laufen, Springen, Spannung, und Atemübungen) bewiesen deutlich, was zu tun ist, um dem „modernen“ steifgewordenen Körper seine Natürlichkeit wiederzugeben. Die im zweiten Teil folgenden Tänze, ausnahmslos mit großem Beifall aufgenommen, zeigten das Schöpfen künstlerischer Formen aus dem Erlebnis der Musik. Erstauskunft in der Natürlichkeit des Ausdrucks waren die Tänze von Herta Risow und Sophie Ludwig.

Im bewussten Gegenfah dazu standen die Kunststücke von Klein-Erna Sasse, die sehr brav wiedergegeben, nicht darüber hinwegtäuschen konnten, daß die „alten“ Ballettformen von der Entwicklung zum natürlichen Tanz überholt sind. Fingerhaken von dem Trio Frau v. Geyssler (Klavier), Fr. v. Sittmann (Violine), Herr bei „Violoncello“ bot das Ganze einen künstlerischen Genick, wie er sonst für 50 Mk. Eintrittspreis den Winderdemitzen unzugänglich bleibt. Der sehr gute Besuch bewies, daß das Bezirksamt den richtigen Weg beschritten hat, wie ja überhaupt die Veranstaltungen der Bezirke Mittel sind, den „kapitalistischen Kunstver-anstaltungen“ entgegenzuwirken.

Wo ist Kolumbus geboren? Der alte Streit um den Geburtsort des Christoph Kolumbus ist wieder aufgelebt, und zwar handelt es sich um die Ansprüche, die die Kräfte erheben, um den Entdecker Amerikas als ihren Bandmann zu erklären. In der Revue de la Corse hat Henry Bignaud die ganze Frage noch einmal gründlich untersucht und kommt zu dem Ergebnis, daß Korsika nicht die Geburtsstätte des Kolumbus ist, sondern daß er nach wie vor als Genueser bezeichnet werden muß. Interessant ist aber die Ursache, durch die die ganze Streitfrage überhaupt entstehen konnte. Kolumbus selbst hat bei seinen Begehren seine Herkunft mit Dunkel umgeben. Als ein einfacher Weber, der keine Seereisungen befaß, mußte er fürchten, nicht ernst genommen zu werden, als er mit seinem großen Plan einer Expedition herortrat, und so erklärte er sich denn selbst zum Seemann, behauptete aus einer Familie von Seeleuten zu stammen, die Admirale unter ihren Mitgliedern zählte. Er verbergte daher, daß er zu Genua im Jahre 1451 geboren wurde, und so trübten denn noch seinem Tode alle möglichen Vermutungen über seine Heimat auf. Die italienischen Mitglieder der Familie Colombo, die in die Erbfolge eintraten wollten, suchten nachzuweisen, daß der Admiral aus der Gegend herkam, von der sie selbst kamen, nämlich aus Carraro oder Cogoletto in der Nähe von Genua. Später machten dann die Forscher verschiedene andere Städte namhaft, in denen er geboren sein sollte. Bignaud lehnt aber alle diese Vermutungen ab, indem er die zahlreichen zeitgenössischen Zeugnisse aufzählt, in denen Kolumbus immer wieder ausdrücklich als Genueser bezeichnet wird. Er selbst hat in einem Urkundenstück, durch das er ein Majorat für seine Nachkommen begründete, ausdrücklich am 24. Februar 1498 erklärt: „Ich bin in Genua geboren“, und dieses Urkundenstück wurde 1607 in seiner Richtigkeit bestätigt. Auch sein Sohn schreibt in einem Briefe, daß sein Vater in Vissalon Genueser Lande-seute traf, und erklärt in seinem Testament, er sei der Sohn des hervorragenden Christoph Kolumbus, des Genuesen. Dasselbe bezeugen verschiedene andere Zeitgenossen, und der älteste Chronist seiner Entdeckung Petrus Martyr betont, daß Kolumbus ein Ligurer gewesen sei. Diese Feststellung erledigt die Behauptung, daß Kolumbus in Korsika geboren sei.

Die Verteilung der Nobelpreise durch den König von Schweden fand Sonntag in Stockholm statt. Es erhielten den Physikpreis für 1921 Professor Einstein, den Physikpreis für 1922 der Däne Bohr, den Chemiepreis für 1921 der Engländer Soddy, den Chemiepreis für 1922 der Engländer Aston, den Literaturpreis der spanische Dichter Jacinto Benavente.

Theaterchronik. Die Premiere im Schischbartheater von „Mann des Schicksals“ und „Blanco Posnets Erwählung“ muß verschoben werden. Am 16. d. wird im Kleinen Hause, neu einstudiert, „Liebe“ von Paul Adel aufgeführt. — Am Leising-Theater werden die für Strindbergs Schauspiel „König Lear“ gezeichneten Künstler für die am Donnerstag stattfindende Aufführung ausgewählt. — Die Uraufführung von Paulinas Schrei aus der Straß im Th. d. Kommandantenstraße findet am Freitag 17. d. statt. — In der Großen Volksoper wird am Sonntag „Der Hardier von Sevilla“ zum erstenmal gegeben.

Die Graf Hesse Romdte „Der Wigand“, die vor einigen Monaten im Schauspielhaus Düsseldorf uraufgeführt wurde, befindet sich im Centraltheater in Vorbereitung.

Siebentfache Preise für Umlagegetreide?

Bürgerliche Einheitsfront für Brotverteuerung!

Der in dem Umlagegesetz vorgesehene Zwanziger-Ausschuß zur Begutachtung der Preise für das Umlagegetreide beriet am Montag unter dem Vorsitz des neuen Ernährungsministers Dr. Luther die Preisfestsetzung für das dritte Sechstel der Umlage. Die Annahme, daß die Regierung dem Ausschuss positive Vorschläge unterbreiten würde, erwies sich als irrig. Statt dessen verlangte der Abgeordnete Schiele (Dnall), unterstützt von dem Abgeordneten Cuno (D. Vpt.) und den übrigen Vertretern der Landwirtschaft, eine Preisfestsetzung gemäß den freien Marktpreisen. Er errechnete einen Preis von 301 000 M. die Tonne, gegenüber einem Preis von bisher 28 300 M. Diese ungeheuerlichen Ansprüche veranlaßten den Vertreter des Städtetages, Professor Landsberg (Magdeburg) zu der Bemerkung, daß dann ja die Abgabepreise und die Umlage somit jeden Sinn und Zweck verlieren müssen. Auf Befragen bestätigte der Vertreter der Reichsgetreidekasse die Richtigkeit dieser Annahme und fügte hinzu, daß die notwendige Folge der Festsetzung eines solchen Preises ein weiteres Steigen des freien Marktpreises für Getreide sein müsse. Der Vertreter des ADGB, Genosse Knoll, sowie der Genosse Herz und der sächsische Wirtschaftsminister Genosse Jellisch wiesen in eindringlichen Worten auf die Gefahr der Brotpreiserhöhung im gegenwärtigen Augenblick hin. Die Vorschläge der Agrarier seien ungeheuerlich und überträfen an Maßlosigkeit alles, was bisher von dieser Seite verlangt worden wäre. Eine Erfüllung der agrarischen Wünsche bedeute eine neue Erhöhung des Brotpreises um das 2½- bis 3fache. Sie gefährde den mit der Umlage verbundenen Zweck und stürze das Wirtschaftsleben und die großen Massen der Verbraucher in eine Unruhe, die von den größten Gefahren begleitet sein müsse. In einer Erwiderung erklärte Reichsminister Dr. Luther, daß er und das Kabinett großen Wert auf einen einmütigen Beschluß lege, der sowohl den Interessen der Verbraucher als auch denen der Erzeuger Rechnung trage.

Der Abgeordnete Dr. Schiele legte sodann einen Antrag vor, der keinerlei Zahlen über die Preise vorsetze. Es heißt in ihm jedoch, 1. daß die Preise auf der Grundlage des landwirtschaftlichen Produktionsindex festgesetzt werden sollen, 2. daß der Ernteausfall zu berücksichtigen ist und 3. der angebliche Rinderpreis (1) für das Umlagegetreide aus dem ersten Drittel ersetzt werden muß.

Der erste Teil wurde mit 12 Stimmen gegen 8 Stimmen angenommen, der zweite Teil bei Stimmengleichheit abgelehnt und der dritte Teil mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

Um zu verhindern, daß der mit Absicht unbestimmt gehaltene Antrag der Agrarier statt zur Annahme gelangte, und um für einen weniger weitgehenden Antrag die Stimmen der Reichsratsvertreter zu gewinnen, stellte der Verbraucher-Vertreter Bästlein-Hamburg den Antrag, den Preis entsprechend dem durchschnittlichen Marktpreise in den letzten drei Monaten abzüglich 25 Proz. auf 102 605 Mark festzusetzen. Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit, sondern wurde mit 8 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Für diesen Antrag stimmten außer Bästlein die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Herz und Genosse Knoll, der Vertreter des ADGB, Genosse Knoll, der sächsische Wirtschaftsminister Genosse Jellisch, Professor Landsberg und die Vertreter von Hamburg und Mecklenburg.

Prüft man den Antrag der Agrarier auf seine materielle Wirkung, so verlangt er einen Preis von mindestens 200 000 Mark die Tonne. Das entspricht einer Erhöhung von etwa dem siebenfachen des bisherigen Getreidepreises. Für diesen Beschluß haben alle Vertreter der bürgerlichen Parteien, die landwirtschaftlichen Interessenten und die Vertreter von Preußen und Bayern gestimmt. Entspricht die Reichsregierung diesem Beschluß, so kann eine weitere und starke Erhöhung des Brotpreises in allerhöchster Frist nicht vermieden werden. Die Entscheidung, ob das eintritt oder nicht, steht bei der Regierung, die an den Beschluß des Ausschusses nicht gebunden ist. Herr Dr. Luther und mit ihm die Reichsregierung werden nun zu zeigen haben, ob es ihnen um die Sicherung der Ernährung und dem Schutz der großen Massen der Verbraucher ernst ist. Vor 14 Tagen hat die gesamte bürgerliche Presse beim Antritt der Regierung Cuno die heiligste Besserung der Ernährungslage und der Preisverhältnisse in Aussicht gestellt. Entspricht die Regierung dem Beschluß des Ausschusses, so wird das Gegenteil geschehen.

Der Antrag der preussischen Regierung, einen Teil des Umlagepreises mit Chilesalpeter zu bezahlen, um so die Produktion zu steigern und gleichzeitig den Umlagepreis mehr der Selbstwertung anzupassen, wurde im Reichsrat abgelehnt. Die Länder haben damit dokumentiert, daß sie eine Förderung der Landwirtschaft durch Zuweisung von Stickstoffdünger für überflüssig halten.

Teuerungsverhandlungen mit den Beamten.

Am Reichswirtschaftsministerium haben gestern die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter über die Erhöhung der Teuerungszuschläge begonnen. Zu einem Abschluß ist es bei den Verhandlungen noch nicht gekommen. Es wurde vereinbart, daß die Zuschläge mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember gewährt werden und daß diese Erhöhungen noch vor dem 1. Januar zur Auszahlung gelangen sollen. Ueber den Satz der Erhöhungen selbst ist noch keine Einigung erzielt worden. Bekanntlich beanspruchten die Vertreter der Spitzenorganisationen eine solche von 100 Proz.

Marine und Republik.

Versprechung im Untersuchungsausschuß des Reichstags.

Am Montag vormittag beschäftigte sich der Untersuchungsausschuß des Reichstags zunächst kurz mit dem Fall Paderborn. Es wurde beschlossen, den verantwortlichen Wehrkreiskommandeur General v. Bohrer wegen Entlassung von Mannschaften aus dem Reichswehr-Infanterie-Regiment Nr. 18 zu vernichten.

Dann wandte sich der Ausschuss dem Bericht des Abg. Hänlich (Soz.) über die Verhältnisse in der Marineschule Rarwit zu. Aus diesem Bericht ergab sich, daß die Marineschule offenbar sehr großen Wert auf Neuzugleistungen legt und die heranzubildenden Seeoffiziere in einem Maße beeinflusst werden, der ernstestes Mißtrauen verdient. Auch erfahren die aus dem Mannschafstunde kommenden Schüler eine Behandlung, die bedenklich ist. Schließlich hat der Paderborner Prozeß auch ergeben, daß in der Marineschule wiederholt staatsfeindliche Vorträge gehalten worden sind. Die Feiern in den Tagen des Rathenau-Festes waren ebenfalls eine grobe Taktlosigkeit; wenn sich ... ergeben hat, daß sie nicht, wie zuerst behauptet wurde, wegen ... Ermordung Rathenaus abgehalten wurden.

Der Reichswehrminister Dr. Götter entgegnete, daß er in der Marine vor viel schwierigeren Verhältnissen gestanden habe als beim Heere. Durch die frühere Lebernahme der Freikorps habe er vor fertigen Tatsachen gestanden. Er habe sich die erste Zeit monatelang überlegt, ob nicht ein vollkommenere Abbau der Marine

Gewerkschaftsfundgebung gegen Versailles.

Der große Saal des Reichstages sah gestern Abend die führenden Vertreter der deutschen organisierten Arbeiter und Angestellten aller gewerkschaftlichen Richtungen zur gemeinsamen Kundgebung der deutschen Spitzengewerkschaften gegen das Friedensdiktat von Versailles versammelt.

Nach jenem ergreifenden Adagio, durch das Beethoven in seinem vierten Trio ein italienisches Volkstod unsterblich gemacht hat, vom Grünsü-Trio meisterhaft gespielt, eröffnete der Vorsitzende, Genosse Wiffel, die Versammlung:

Die Not wächst riesengroß empor, Sterbend und Hungerwasser-sucht sind keine seltenen Gäste mehr in Deutschland, die Tuberkulose fordert ungeheure Opfer, verschärft durch die Kälte, die durch die Kohlennot doppelt erschreckend gemacht wird. Der Logesordienst derjenigen, die noch arbeiten können, reicht gerade für ein Pfund Margarine. Das sind die Folgen des Versailler Diktates, das den uns gemachten Versprechungen beim Waffenstillstand nicht entsprach.

Als Referent über „Die Wirkung des Friedensvertrages auf die deutsche Wirtschaft“ führte Genosse Knoll aus: Dieser Frieden ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, aber mit dem gleichen Zweck, der Vernichtung des Gegners. Nicht wir Deutsche allein urteilen so, sondern objektive Menschen in allen Ländern, wie Kenes und andere. Die deutsche Wirtschaftsüberlegenheit, aufgebaut auf Kohle, Eisen und Verkehrsmitteln sollte vernichtet werden. Aus einem menschenverderblichen Agrarland war Deutschland zu einem Industriestaat geworden, für den die Auswanderung aufgehört hatte, ein Problem zu sein; ja, es hat über einer Million Ausländer Brot und Existenz gegeben. Heute liegt diese Million ausländischer Arbeiter erwerbslos draußen. Die passiv deutsche Handelsbilanz wurde ausgeglichen durch das deutsche Verkehrsnetz. Aber die Ablieferung von 80 Proz. unserer Tonnage und von vielen Tausenden unserer besten Lokomotiven hat uns diese Funktion entzogen. Die Beschlagnahme unserer Auslandsgüter hat unseren Außenhandel ruiniert, man hat uns die Kolonien als Rohstoffquellen genommen. Schon um diese Schäden auszugleichen, hätte es jahrelangste Arbeit bedurft. Aber man hat uns auch landwirtschaftliche Uebererschüsse wegenommen und unsere Ernährungsbasis verkleinert, obwohl die Bevölkerungsdichte zugenommen hat. Wir haben 75 Proz. unserer Eisenerzlager verloren und nahezu 40 Proz. unserer Steinkohle.

Die deutsche Wirtschaft kann sich unter den Wirkungen dieses Friedensdiktates nicht erholen.

Die heutige Friedenspolitik entspricht dem angeblich in Versailles gefassten Wort: „Es sind 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt.“ (Entnützungserklärung.) Deutschland ist heute, ökonomisch gesehen, ein überbevölkertes Land, es kann aus der eigenen Produktion nur 40 Millionen Menschen ernähren, während es 60 Millionen Einwohner hat. Heute müssen sich in Deutschland drei Menschen mit der Nahrungsmittelmenge begnügen, die vorher zwei Menschen zur Verfügung gestanden hat. Das Wort Dr. Wirths: „Erit Brot, dann Reparationen!“ hat auch heute noch seine volle Berechtigung. (Zustimmung.)

Trotz unserem ehrlichen Erfüllungswillen läßt man uns gar nicht erfüllen, weil man sonst die Friedensziele nicht erreichen könnte.

Im Namen der Menschlichkeit, unter Berufung auf das feierliche Versprechen beim Waffenstillstand fordern wir die Revision des Versailler Diktates. (Beifall.) Wegen die Arbeiter im Ausland denken, wie uns sozial früher schon die Industriearbeit von einigen Tausend Streikgefangenen gewirkt hat, und mögen sie bedenken, welche Folgen es haben muß, wenn ein Sechzigmillionenvolk zur fürchterlichen Zwangsarbeit verurteilt ist. Das muß den materiellen Stand und die Kultur von ganz Europa vernichten. Mögen insbesondere diejenigen Nationen, die sich als die Erben der antiken Kultur fühlen, eingedenk sein, daß die antike Kultur untergegangen ist, weil sie nur eine Herrenkultur war. Die Sklaven von heute haben gelernt, sich zu jähren. Hütel Euch, daß es nicht zu Sklavensuständen kommt, die weit blutiger sein und weit mehr Opfer kosten würden als im Altertum! (Anhaltender stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Wirkungen des Friedensdiktates auf die Sozialpolitik

sprach Schneider vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Er schilderte den drohenden Zusammenbruch der schwer erkämpften Sozialfürsorge und sprach auch von der Gefährdung des Achtstundentages. Auch vom sozialpolitischen Standpunkt muß im Interesse der ganzen Welt die Revision der Friedensbestimmungen gefordert werden.

Die Wirkungen auf die wissenschaftlichen, kulturellen und Wohlfahrtsrichtungen Deutschlands

behandelte Ballenkamp vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Seine Aufzählung der fürchterlichen Schädigungen, die die Versailler Bestimmungen der deutschen Wissenschaft, der Volksgesundheit, der Kranken- und Wöchnerinnenpflege, der Lehre und Erziehung schlugen, war ergreifend und erschütternd. Mit welchem Recht hob er hervor, daß die ganze Welt darunter leiden müsse, wenn die deutsche Industrie mit der Zeit durch den Ruin unserer Hochschulen um ihre wissenschaftliche Führung gebracht werde, wie auch die ganze Welt zu den Leidtragenden gehören werde, wenn die Not der deutschen Wissenschaft noch tiefer greifen sollte. Werden doch

das Beste sei. Schließlich habe er aber verjagt, auch hier die Dinge zu meistern. Weil die Schwierigkeiten größer waren, habe es da länger gedauert. Die Vorgänge in der Marineschule bedauerte auch er. Es sei dort sicher nicht so, wie es sein sollte und wie er es haben wolle. Er hoffe aber, daß die in nächster Zeit bevorstehende Umorganisation Abhilfe bringe und eine gesunde staatsbürgerliche Erziehung auch in der Marine ermbäht. Den vorgekommenen Verfehlungen gegenüber sei er mit Vorkorrekturen entgegengetreten. Von den ehemaligen Deckoffizieren seien von 37 nicht weniger als 30, von den Ingenieurern von 24 insgesamt 22 und bei den Offiziersanwärtern von 50 sogar 45 Offizier geworden und durch die Marineschule gegangen.

Am Laufe der stundenlangen Aussprache äußerten sich die Abg. Marekly (D. Pa.), Erling (Z.), v. Gallwitz (Dnat.) und Peierlen (Dn.) von den Ausführungen des Ministers befriedigt, während die Abg. Künzler (Soz.) und Thomas (Komm.) große Bedenken erhoben.

Da während der Sitzung eine Reihe neuer Einzelle aus Militär eingegangen sind, auf deren Nachprüfung Wert gelegt wird, wird der Ausschuss erst in der nächsten Sitzung in dieser Frage zum Abschluß kommen können. — Auch soll der Generalmajor a. D. von Schönau vernommen werden.

Der Hauschat der Hohenzollern.

Der preussische Etat für 1923 wird, wie verlautet, eine Forderung in Höhe von 300 Millionen Mark als Zuschuß zu den Kosten des Beschlagnahmens Hohenzollerns Eigentums enthalten, insbesondere zu den Kosten der Unterhaltung der Schlösser und Parks. In Wahrheit wird man mit dieser Summe nicht entfernt auskommen, der erforderliche Zuschuß wird in die Milliarden jetzigen Geldes gehen. Danach kann man sich ungefähr vorstellen, was für ein Geschäft der preussische Staat machen würde, wenn er in einen Vergleich wüßte, der den Hohenzollern alles wertende Eigentum überläßt, insbesondere die großen Landgüter, Forsten und städtischen Häuser, dem Elende hingegen allen freisenden Besitz aufschäße.

heute schon neue wissenschaftliche Werke nur noch im handschriftlichen Manuskript den Studenten zur Verfügung gestellt, weil sie nicht mehr gedruckt werden können. Mit der politischen Zwecklage der deutschen Alleinhand am Kriege steht und fällt nach dem öffentlichen Eingeständnis Lord Georges das ganze Friedensdiktat. Wann öffnet die Entente ihre Archive? (Großer Beifall.)

Als Referent über

Weltwirtschaft und Friedensdiktat

führte Genosse Süß vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund aus: Kriegen in allen Ländern, fürchterlicher als je zuvor, sind die Folge davon, daß man an die Stelle der weltwirtschaftlichen Verflechtung aller Länder die Isolation Deutschlands setzen zu können glaubte. Das Friedensdiktat ist das vollkommene Gegenteil der vierzehn Punkte Wilsons. Deutschland wird gezwungen, Schmutzkonturrenz zu treiben, und die Staaten schämen sich dagegen durch Gesetze und Ausfuhrprämissen oder, wie Nordamerika, durch Hochschutzzölle, die die Lebenshaltung rasch verteuern. Die deutsche Reparationslast verdrängt die Kohle anderer Länder vor ihren alten Absatzplätzen, während wir zu phantastischen Preisen englische Kohle kaufen müssen. Nach dem Kriege sind 40 Proz. der Welttonnage stillgelegt worden, dazu kam noch die Ablieferung der deutschen Handelsflotte — trotz alledem verhindert heute die Verschiedenheit der Salute den Austausch von Schiffsraum zwischen den einzelnen Ländern, und jedes Land baut weiter Schiffe, obwohl Millionenengländer brach liegen. Die Weltwirtschaft sieht heute so aus, als ob Menschengeist und Menschensinn die Probleme überhaupt nicht zu meistern imstande seien und als ob die Menschheit

auf frühere Entwicklungsstufen zurückkehren

sollte. Nicht einmal der Konsum kann befriedigt werden. Hunger herrscht in Deutschland, aber in Südamerika sind Lebensmittel verbrannt worden, weil ihre Heizkraft billiger war als die Heranschaffung von Kohle. Nur die gemeinwirtschaftliche Verteilung der Rohstoffe unter Kontrolle der Völker kann die Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt leidet in erster Linie unter diesen Folgen des Krieges, die nur durch kollektive Arbeit aller Völker überwunden werden kann. (Stürmischer Beifall.)

In einem kurzen eindringlichen Schlußwort wendet sich Vorsitzender Wiffel noch einmal gegen die Blüge von der Alleinhand Deutschlands oder gar des deutschen Volkes am Kriege. Er schildert das fürchterliche Ende der Gegenwart, das bereits an den Kohlerübenwinter im Kriege erinnert, und hebt hervor, daß alle Sanktionen und dergleichen Deutschlands Wirtschaftskraft und Möglichkeit zum Wiederaufbau weiter herabgedrückt haben und daß alle Plage und Not des deutschen Arbeitsvolkes nicht zum Ruhm der Welt, sondern dank der Versailler Politik nur wieder zur Schädigung der ausländischen Arbeiterschaft beitrage. Wiffel schließt: „Wir grüßen die Deutschen, die zum Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht von uns losgerissen und ferngehalten sind, wir grüßen die Brüder am Rhein, die jetzt in neuer Sorge leben, und wir grüßen die Männer und Frauen, die jetzt im Haag verammelt sind, um für die Völkerveröhnung zu arbeiten.“

Darauf wird folgende

Entschließung

angenommen:

Die am 11. Dezember 1922 im Deutschen Reichstagsgebäude versammelten Vertreter der gesamten deutschen Gewerkschaften erklären einmütig, daß sie den tiefsten Grund des Schmerzes um sich greifenden deutschen Elends in dem auf der Alleinhand Deutschlands im Weltkriege aufgebauten Versailler Diktate erblicken.

Sie rufen das ganze deutsche Volk zum einmütigen Protest gegen dieses Diktat auf und sie werden nicht ablassen, der ganzen Welt gegenüber immer wieder das Recht des deutschen Volkes auf ein menschenwürdiges Dasein zu vertreten.

Sie fordern, daß der Vertrag von Versailles mit seinen unerfüllbaren Forderungen und seinen die Existenz des ganzen deutschen Volkes bedrohenden Folgen einer Revision unterzogen wird, durch die die Lebensmöglichkeiten wiedergegeben werden.

Insbesondere verlangen sie eine Vermeidung der Reparationslasten auf ein erträgliches Maß, wie sie sich andererseits nach wie vor bereit erklären, am Wiederaufbau Europas nach Kräften mitzuwirken. Sie wenden sich mit Entschiedenheit gegen die unbillbare Lage von der deutschen Arbeiterschaft am Kriege und erwarten, daß die Schmachtagelassen aller am Kriege beteiligt gewesenen Staaten ebenso der Welt geöffnet werden, wie die Aktien des deutschen Auswärtigen Amtes.

Von der deutschen Regierung erwarten die Gewerkschaften, daß sie im Interesse des Volkes ihre Politik ganz in der vorgezeichneten Richtung orientiert.

Den Volksgenossen im besetzten Rhein- und abgetrennten Saargebiet, die unter fremder Bedrückung schmachten, geben die gesamten deutschen Gewerkschaften die Versicherung unverbrüchlicher Liebe und Treue ab.

Hinter der Entschließung stehen außer den vier Spitzengewerkschaften noch folgende Verbände: Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund, Reichsdeutscher Beamtenring, Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Bund erblindeter Krieger, Deutscher Offiziersbund, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener.

Ehrhardts Anhänger auf der Flucht.

Die Dena meldet aus Wiener Blättern, daß zahlreiche Anhänger Ehrhardts aus München über Salzburg und Wien nach Budapest geflüchtet sind. Die österreichische Polizei in Salzburg wurde angewiesen, bei der Revision alle Individuen, die ungenügende Pässe haben, aufzuhalten.

Die Angaben der Wiener Blätter sind zwar noch nicht bestätigt, doch sind sie durchaus glaubhaft. Man sollte auch die Besatzung des Hochverrats in Haft genommen haben, um seinen Tisch zu machen.

Verfahren gegen Hoffbach?

Gegen den bekannten Freikorpsführer Oberleutnant Hoffbach, von dem in der letzten Zeit wieder viel die Rede ist, wird vom Staatsgerichtshof voraussichtlich ein Ermittlungsverfahren wegen Wehrhändel und Waffenverheimlichung eröffnet werden, gleichzeitig auch gegen den Major v. Rastow Hauptmann Weber, Kaufmann Kupfer aus Hamburg und die Herren Köpke, Friede und Sagen. Die Untersuchung wird Untersuchungsrichter Dr. Richter führen. Verteidiger Hoffbachs ist Rechtsanwalt R. Flock-Berlin.

Der Arbeitsplan des Landtages.

Der 12. Sitzungstag des Preussischen Landtages hielt Montag eine Sitzung über die Geschäfte ab. Lediglich der Beratung der Verwaltungsreform machte er sich dahin schlüssig, den Minister zu bitten, die Entwürfe zur Verwaltungsreform erst nach den Weihnachtserferien im Landtag einzubringen. Am Mittwoch will sich das Land bis zum 10. Januar vertonen. Für heute ist die zweite Lesung des Grundgesetzes in Aussicht genommen. Am 11. Januar soll die dritte Lesung dieses Gesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werden und außerdem die erste Beratung der neuen Entwürfe zur Städte- und Landgemeindeordnung.

Gewerkschaftsbewegung

Blüten im Anilinstreik in Ludwigshafen a. Rh.

Bekanntlich ist der Streik unter Bruch der Verbandsfahrungen der Organisationen, ohne Befragung und Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter unternommen worden, gegen die Organisation. Die Gewerkschaften sollen jedoch zahlen. Das verbieten sowohl die Verbandsfahrungen wie auch die neuen Richtlinien des ADGB. Deshalb wird den Gewerkschaftsführern — wie der kommunistische Berichterstatter der „Roten Fahne“ meldet — in den Entschuldigungen gemeiner Verrat vorgeworfen und ihnen die Verachtung der Streikenden ausgesprochen. Möglich, daß solche Komplimente in der Provinz noch verfangen. Hier in Berlin sind wir damit derart überhäuft worden, daß sie ab sofort wirkungslos geworden sind. Wissen wir doch, aus welcher Quelle das kommt.

Die Gewerkschaftsvertreter haben mit der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik verhandelt, um den übers Anie gebrochenen Streik, der sich um lehrerliche wirtschaftliche Forderungen dreht, endlich zu einem guten Ende zu führen. Daraufhin wird von den Funktionären des wüsten Streiks beschlossen:

Die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Industriellen waren ohne Auftrag der Streikleitung (I) geführt, wozu die Gewerkschaftsführer keinerlei Berechtigung haben. Alle Abmachungen und Entscheidungen dieser Verhandlungen erklären die Streikenden (d. h. das autonome Streikkomitee) für null und nichtig und erkennen sie in keiner Weise an. Verhandlungen über den Streik können nur unter Hinzuziehung oder unter Zustimmung der Streikleitung geführt werden.

Wäre es den Bemühungen der Gewerkschaftsführer gelungen, eine zufriedenstellende Beilegung des Konflikts zu erreichen, dann spielte diese „Entschuldigung“ natürlich keine Rolle mehr. Doch erhebt man aus diesem Beispiel, wie gegen die Gewerkschaften gearbeitet wird. — Die „Rote Fahne“ berichtet weiter, daß am Sonnabend die Vertreter der Hauptverbände des Fabrikarbeiter- und des Metallarbeiterverbandes beschlossen hätten, ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Das Glend, das mit diesem verbrecherischen Streik über zehn tausende Familien heraufbeschworen wurde, ist inzwischen so groß geworden, daß die „hörnigen“, verkümmerten Bureaukraten, die heute noch keinen Streik anerkennen, ihren Mitgliedern helfen müssen. Zahlten sie keinerlei Unterstützung, würde die Hege gegen die Gewerkschaften in noch größerem Maßstab betrieben — soweit das noch möglich ist. Da sie jedoch ohne Rücksicht auf die Verbandsfahrungen die nun einmal gebrochen sind, mit Geldmitteln eingreifen — was ihnen, die Funktionäre noch nicht verboten haben, wird, dieses Einlenken der Hauptverbände als ein nicht zu unterschätzender Erfolg angesehen. „es ist der Schiffsbruch der Gewerkschaftsdiktatur“. Aber, sagen die Moskauer Diktaturarbeiter, den Gewerkschaftsführern müssen auch die letzten bureaukratischen Winkelzüge bereitet werden, mächtiger als bisher muß sich überall der Ruf erheben: Volle rückhaltlose Unterstützung der Streikenden!

Diese Proben zeigen, daß der Ludwigshafener Streik, dessen weitere Ausdehnung als Generalstreik eifrig betrieben wurde, recht lehrreich ist. Die Gewerkschaften werden aus diesen Lehren die Ruhanwendung ziehen müssen. So geht es wirklich nicht mehr.

Die Organisationen der Blinden.

Die Tatsache, daß es der Arbeiterschaft nur mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen möglich war, soziale und wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen, hat auch bei den Blinden die Hoffnung erweckt, durch Zusammenschluß ähnliche Resultate zu erreichen. So entstanden im Laufe der Jahre viele Blindenvereine, mehrere Provinzial- und Kleinstaatverbände und endlich der Reichsdeutsche Blinden-Verband. Die Zeit hat jedoch gelehrt, daß alle diese Organisationen nichts erreichen können, was für die Gesamtheit der Blinden von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Die Gründe liegen klar:

1. Die Organisationen der Blinden können nicht die Mittel in die Waagschale werfen, die den Sehenden zu Gebote stehen, d. h. sie können weder wirtschaftlich durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft, noch politisch durch ihre Masse einen Druck ausüben.

2. Die Blinden bilden nur eine Gruppe der körperlich Leidenden. Als solche fehlt ihnen aber jede logische Rechtfertigung, Forderungen für die Blinden allein zu erheben, die eigentlich alle mit körperlichen Gebrechen Behafteten stellen müßten.

3. Die Organisationen der Blinden können die Geldmittel, die sie zur Erreichung ihrer Ziele brauchen, nicht durch die finanzielle Kraft ihrer Mitglieder anbringen. Sie sind vielmehr auf die Unterstützung durch Gönner, d. h. der besitzenden Klasse, angewiesen.

Die Blindenorganisationen waren infolgedessen gezwungen, sich Ziele zu stecken, die der Auffassung ihrer Förderer entsprachen. So wurden Erholungsheime, Wanderausstellungen von Arbeitslosen-Blinden und dergleichen geschaffen, Einrichtungen, die nur Einzelnen oder kleinen Gruppen Blinden vorübergehend geringe Vorteile brachten. Wenn aber die Blinden den bitteren Geschmack von Wohlfratigkeit, der all diesen Dingen anhaftet, nicht empfinden, so kommt das daher, daß sie zu Wohlfratigkeitsobjekten erzogen wurden. Wenn man alt mit Zufriedenheit befragt, die Zeit sei vorbei, wo die Blinden als Vetter an den Strahlen sitzen müßten, so ist

demgegenüber festzustellen, daß durch die großzügig angelegten Bettelheime der Blindenorganisationen die Gesamtheit der Blinden moralisch stark herabgedrückt wird.

Diese Ausführungen stützen sich auf Erfahrungen, die jeder Blinde, der die Tätigkeit der Blindenorganisationen eingehend verfolgt, selbst hat machen können. Für die in den freien Gewerkschaften organisierten Blinden ist es aber geradezu ein Widerspruch, wenn sie auf der einen Seite Hand in Hand mit ihren sehenden Kollegen ihre berechtigten Lohnforderungen kämpfend durchsetzen und auf der anderen Seite sich Blindenvereinen und -verbänden anschließen haben, deren Dasein nur von dem guten Willen der begüterten Klasse abhängt. Besonders wünschenswert wäre es dagegen, wenn sich unsere Leidensgefährten dem Zentralverband der Invaliden Deutschlands anschließen wollten, weil hier die Möglichkeit gegeben ist, im Vereine mit der gesunden Arbeiterschaft das für alle körperlich Leidenden zu erreichen, was von einer Sondergruppe nie erreicht werden kann.

Arbeitsgemeinschaft der im Zentralverband der Invaliden Deutschlands organisierten Blinden.
Fritz Küster, Vorsitzender, Leipzig, Sebastian-Bach-Str. 35.

Unsere werten Inserenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht

VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

Einheitsfront der Angestellten.

Die Rechtsanwaltsangestellten verdanken ihre bisherige trostlose Lage nicht zuletzt ihrer gewerkschaftlichen Zersplitterung. Bei vielen von ihnen hat die Erkenntnis schwer Eingang gefunden, daß eine Arbeitnehmergruppe sich nur dann behaupten kann, wenn sie ihren Arbeitgebern eine starke und geschlossene Organisation gegenüberstellen vermag. Diese Erkenntnis hat sich aber nun doch Bahn gebrochen. Die Verschmelzung des Verbandes der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten (Sitz Leipzig) mit dem Zentralverband der Angestellten steht bevor. Am 17. Dezember findet der außerordentliche Verbandstag des Leipziger Verbandes statt, der die im ganzen Reich mit Freunden begrüßte Einigung bringen soll. Mit dieser Verschmelzung ist dann die gewerkschaftliche Einheitsfront der Anwaltsangestellten hergestellt. Es dürfte dann wohl keinen einflussreichen Anwaltsangestellten mehr geben, der sich seiner Pflicht zur freigewerkschaftlichen Organisation entzieht.

Neuwahlen im Buchbinder-Verband.

Die Berliner Ortsverwaltung der Buchbinder galt seit jeder als eine der Hochburgen der Kommunisten. Tatsache ist jedoch, daß die Kommunisten seit langem nicht mehr die Führung in der Ortsverwaltung haben. Wenn es möglich ist, daß die Kommunisten noch gelegentliche Zufälle mehr erweisen für sich buchen können, so liegt das in der Hauptsache an untreuen Anhängern, die oft nach mehrstündiger Tagung sich aus den Versammlungen entfernen und den Kommunisten das Feld überlassen. So war es auch in der vorletzten Generalversammlung bei der Wahl der Anstellungsprüfungskommission. Es muß daher in Zukunft allen Delegierten zur Pflicht gemacht werden, bis zum Schluss auszuharren, da die Abstimmungen gewöhnlich erst zuletzt vorgenommen werden.

Nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages werden auf Antrag der Generalversammlung die Angestellten nach jedem Verbandstag, das ist alle drei Jahre, neu gewählt. Mit dem Inkrafttreten des neuen Statuts findet laut Beschluß der Generalversammlung die Neuwahl der Angestellten am 18. d. M. statt. Es steht zu erwarten, daß die Kommunisten alles daran setzen werden, um nach mancher Schlappe, die sie sich in letzter Zeit geholt haben, wieder einmal einen Sieg in die Welt posaunen zu können. Hat doch die kommunistische Partei einen ihrer Parteilagatoren als Kandidaten zur Verfügung gestellt. Daß es den Kommunisten bei der Neuwahl nur um die Stärkung ihres Parteinflusses geht, beweist, daß sie ohne Rücksicht auf die Befähigung für alle Stellen Gegenkandidaten aufgestellt haben. Selbst für den Posten des Kassierers, gegen dessen Tätigkeit nichts einzuwenden war und der infolge der öfteren Beitragserhöhungen besondere Sachkenntnis erfordert, stellen die Kommunisten einen Kandidaten auf, der wohl ein guter Parteimann sein mag, sonst aber mit Kassengeschäften bisher nichts zu tun hatte. Es gilt darum, unsere Anhänger über die Bedeutung der kommenden Wahl aufzuklären. Dies soll geschehen in einer Mitgliederversammlung der VSPD-Anhänger am Donnerstag, nachm. 4 1/2 Uhr, in der Schulaula, Stollschreiberstraße 54, 4. Eing. Mitgliedsbuch und Parteiausweis legitimiert. Sympathisierende können eingeführt werden.

Zur Weihnachtsausstellung der Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus ist am Eingang das Verbandsbuch vorzuziehen.

Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Die Ortsverwaltung der Berliner Filiale ersucht ihre Mitglieder um Hilfe für die arbeitslosen Kollegen. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist in den letzten Tagen plötzlich von weniger als 100 auf über 1000 gestiegen! Arbeitslosigkeit in der Zeit der Teuerung bedeutet Hunger und Not. Die gezahlten Unterstützungen reichen nicht aus. Die erweiterte Verwaltung hat deshalb beschlossen, den Arbeitslosen zum Weihnachtsefest einen größeren Betrag auszugeben. In Rücksicht auf die Kassenverhältnisse der Organisation wurde weiter beschlossen, Sammlungen zum Zweck der Weihnachtsunterstützung vorzunehmen. Die Sammlungen müssen bis zum 20. Dezember 1922 im Ortsbureau, Zimmer 15 oder bei den Kassaboten abgerechnet werden. Die gesamte Kollegenschaft wird ersucht, sich an den Sammlungen rege zu beteiligen. Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Lohnverhandlungen in der Herrenmähbranche.

Das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen in Stuttgart ist für Berlin folgendes:

Vom 8. bis 9. Dezember pro Stunde	250 M.
10. „ 30. „	280 „
31. Dez. bis 13. Jan.	310 „

Die Staffeln der Löhne, der Qualitäts- und Heimarbeiterzuschlag bleiben wie bisher. Dieses Ergebnis unterliegt der Abstimmung.

Die Herrenmähneider Berlins (Deutscher Bekleidungsarbeiterverband) nahmen am Donnerstag, 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, dazu Stellung. Die Funktionäre treffen sich dort um 6 1/2 Uhr.

Amerikanische Ingenieure für den Achtstundentag.

Der Verband amerikanischer Ingenieure veröffentlichte vor kurzem einen Bericht über den Achtstundentag. Die Schlussfolgerung des Berichtes ist, daß in der Stahlindustrie eine achtstündige Tagesarbeit vollkommen genügen wird. Die Profite würden sich durch die Einführung des Achtstundentages nicht vermindern, so heißt es im Bericht. Die Mehrzahl der Direktoren und Angestellten, mit denen das Problem erörtert wurde, sind der Meinung, daß die Industrie von einem Verzicht auf achtstündige Arbeit einen größeren Vorteil hätte, als wenn sie die Löhne erhöhen würde. Die Kosten der Arbeit verzeihen bei der Hoheisenherzeugung 4,8 bis 8 Proz. sämtlicher Produktionskosten. Wenn die achtstündige Arbeit mit gleichbleibenden Löhnen durch eine achtstündige ersetzt würde, würden sich die Produktionskosten um 3 bis 15 Proz. erhöhen. Diese Erhöhung ist jedoch nicht beträchtlich. Andere Umstände, wie die Ersparnisse bei der Materialbeschaffung, die Unterschiede der Leistungen des technischen Personals und der Direktoren oder durch den Wettbewerb verursachten Erhöhungen der allgemeinen Löhne bilden viel wesentlichere Posten in der Kostenrechnung. Die Einführung des Achtstundentages muß jedoch, um den Produktionsausfall auszugleichen, durch die Verbesserung der Werkzeuge und Einführung neuer Produktionsmethoden unterstützt werden.

Wichtig! Metallarbeiter des 5. und 7. Bezirks (Blumen). Betriebsrat, Vertrauensleute und Delegierte zur Generalversammlung, Mittwoch, 14. d. M., 8 Uhr, im Reichsbannerhof, Reichsbannerstr. 147, 7. Bezirk bei Krenzke, Köpplstr. 1. — Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringend erforderlich. Jeder Bezirk muß vertreten sein. Vertrauensleute und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorsitzende.

Musikinstrumentenarbeiter: Mittwoch 5 Uhr im Reichsbannerhof, Reichsbannerstr. 147, Funktionärsversammlung, in der über den Bericht über den Streik von der Ortsverwaltung, die Organisationsratung, Tagesleiter! Dienstag 7 Uhr in der Köpplstr., Große Frankfurter Str. 117, Fraktionsversammlung.

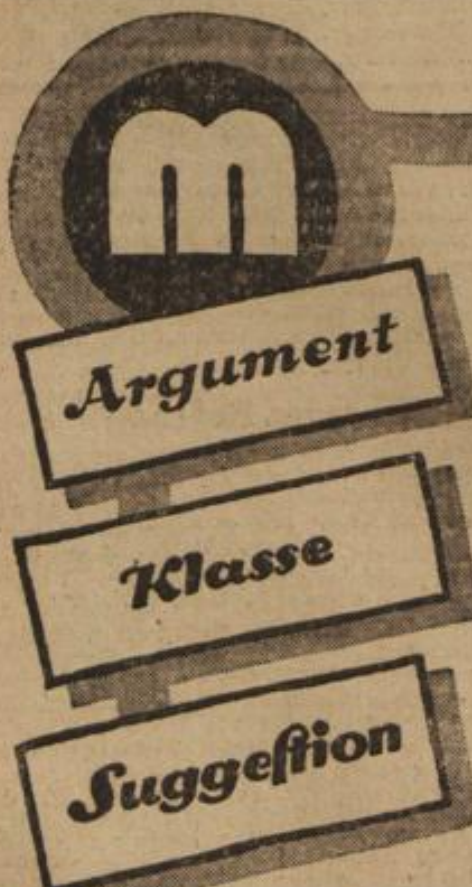
Zentralverband der Schuhmacher: Mittwoch 6 1/2 Uhr Jugendversammlung im Gewerkschaftshaus, Sozial- u. Engländerstr. 24. — Donnerstag 7 Uhr, Generalversammlung der Zentralverbände bei Burgschweiger, Köpplstr. 1.

Aus der Partei.

Dieh-Gesellschaft. Am 6. Dezember fand die konstituierende Sitzung der Dieh-Gesellschaft statt. Es wurde beschlossen, daß die Genossen Kautsky, Adolf Braun und Jakubowicz den Geschäftsführenden Ausschuss bilden sollen. Entscheidungen über die Publikationen der Gesellschaft bleiben dem Gesamtkuratorium vorbehalten. Eine prinzipielle Erörterung veranlaßte der Vorschlag, der Gesellschaft den Charakter einer Propagandagesellschaft zu geben, doch erklärte sich die Mehrheit des Kuratoriums dafür, die Aufgabe der Gesellschaft auf die Förderung von Publikationen zu beschränken, die für die Vertiefung wissenschaftlich-marxistischer Forschung von besonderer Bedeutung sind und ohne das Eingreifen der Gesellschaft voraussichtlich nicht erscheinen können. Es wurde beschlossen, ein Statut der Gesellschaft auszuarbeiten und ein Zirkular über ihre Aufgaben herauszugeben.

Weiter bis Mittwoch mittag. Etwas müder, zeitweilig auflassend, jedoch überwiegend bewußt und etwas neblig mit geringen Schneeflocken und Regenschauern bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Besondere Mitteilung für den Bezirk. Zell: Viktor Schill, Berlin; für unseren: Th. Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchverlag u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3. Circa 1. Auflage.



Auserlesene Tabake des Orients
sorgfältige Mischung
hochwertige Arbeit

Allein diese Vorzüge begründen
den hervorragenden Ruf der

Manoli Zigaretten

„Germania“ Rinder Speisetalg

Ia  Ia

„Dreistern“ Kunstschmalz
(Kompond-Lard)
weiß u. gelb

Berliner Dampf-Talgschmelze
vermehrt Produktivität
Pflorke, Horgt & Co. G.m.b.H.
Berlin-Wilhelmsberg, Weißensow-Weg 42/43.
Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Altmetalle
zahlreiche Preise
Oberberger Str. 1.

Brillanten
Dresden, Edelmetall-Druck
1211
A. Fuss, Seydewitzstr. 52
Schöneberg, Berlin.
geöffnet 8-11 und 2-5 1/2 Uhr

Wie Max Klante wurde.

Aus dem ersten Verhandlungstag.

Das Landgericht III hatte gestern einen großen Tag. Alles, was einmal auf Klante geschworen und womöglich noch auf ihn schwört, war herbeigeiligt.

Die Vernehmung des Hauptangeklagten Klante zog sich bis in die Nachmittagsstunden hin. Klante, der einen ziemlich erschöpften Eindruck macht, sah entweder auf einem Stuhl vor dem Richterisch oder stützte sich, wenn er lebhafter sprach, auf einen Stütz von 25 Kaffasbüchern, die auf dem Zeugenisch aufgestapelt lagen, und sprach lebhaft und mit den Gesten eines Volkredners. Er schämt sich, trotzdem er vor Gericht steht, recht bedeutend vorzukommen und schiebt den Zusammenbruch seines Weltkongress einzig auf das Eingreifen der Finanzämter.

Auf Befragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Siegel, erzählt er zuerst weilschweigend über sein eigenes Unternehmen, das er mit einem Betriebskapital von 6000 M. im April 1920 anfang. Er hatte langsam Verbindungen mit Trainern und Jockeis bekommen und erhielt Wink. So wurde ihm geraten, auf das Pferd Free zu setzen. Damit gewann er große Beträge und kaufte dann das Pferd selbst. Das war der Anfang seines Rennstalles. Dann hatte er einen Glückstag. Er hatte auf alle Pferde des Stalles Lindenstedt gewettet, hatte aus allen drei Rennen hohe Gewinne erzielt und konnte auch ein Pferd kaufen. Der Vorsitzende fragte nun: Wie kamen Sie nun auf den Gedanken, die G. m. b. H. zu gründen? Klante: Der Gedanke einer G. m. b. H. tauchte im Gespräch mit Friebe auf. Hätte ich gewußt, was mit der G. m. b. H. verknüpft ist, dann wäre ich nie auf diesen Gedanken eingegangen. Ich hatte von der G. m. b. H. keine Ahnung. 1920 hatte ich 800 000 M. verdient und hätte es gar nicht nötig gehabt, fremde Gelder aufzunehmen. Ich gründete nun mit Friebe, der mir schon bisher geholfen hatte, die G. m. b. H. mit 500 000 M. Aktienkapital, 125 000 M. wurden bar eingezahlt, davon sollte Friebe 10 000 M. zahlen, und ich gab noch meine drei Pferde hinein für 375 000 M.

Das Kontor mit dem Scharfenferrohr.

Dann berichtet Klante sehr eingehend darüber, wie er sich sein Bureau eingerichtet habe. Er hatte von dem Inhaber des Kabarets Rheingold in der Großen Frankfurter Straße das Lokal für 140 000 M. gekauft und die Räume für sein Bureau hergerichtet. Das Bureau bestand aus einer juristischen sowie aus Sport-, Finanz-, Propaganda-, Buchhaltungs-, Kassen- und Vertreterabteilungen und einer Geheimabteilung. In der letzteren, von Klante selber geleitet, befand sich, wie der Angeklagte zugab, tatsächlich ein Scharfenferrohr, mit dem er sein Personal beobachtete. Zuletzt hatte er 42 Angestellte und 40 Vertreter; die letzteren erhielten 5 bis 6 Proz. Provision. Die Arbeit im Bureau sei eine so große gewesen, erklärte er, daß sein Bruder schon um 3 Uhr Kaffee trinken mußte, und daß trotzdem bis spät in die Nacht hinein gearbeitet wurde. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß demnach also auch in Berlin starke Einzahlungen geleistet worden seien, bemerkte Klante: Jamohl, gerade infolge der Zeitungsangriffe, denn jeder wollte eben reich werden. Z. B. hatte mein Vertreter in Dresden als Kunden ganze Vögen Brauereidirektoren, Stadträte und Landgerichtsräte, deren Namen ich nicht kenne, weil sie alle nicht genannt sein wollten. Der Angeklagte fährt dann in seiner Darstellung der Vorgänge fort und kommt auf die großen Konkurrenzunternehmen Köhn, Müller usw. zu sprechen: Ich war damals in Dresden und erlebte es selbst mit, daß im Laufe eines Vormittags mehrere Millionen von Wettlern ihr Geld abgehoben hatten. Ich telephonierte mit Berlin und erfuhr, daß aus Hamburg eine gleiche Nachricht vorliege. Diese Wettlerlust gab ich natürlich nicht zu, denn wir hätten unter solchen Umständen überhaupt kein Kapital mehr behalten. Da die Konkurrenzkonzerne 100 Proz. mir aber nur noch 50 Proz. Dividende gaben, sagten wir ebenfalls 100 Proz. Dividende zu, im Vertrauen darauf, daß die Konkurrenz nicht lange bestehen würde. Die 100 Proz. wurden rückwirkend am 1. Mai gezahlt. Das war unser großer Fehler. Als uns die Konkurrenz immer weiter überhand, gaben wir einen Prospekt heraus: Wer will, kann sein Geld obheben, wir geben aber nur die Zinsen, das Kapital bleibt stehen und muß ordnungsmäßig gefündigt werden.

Die Vernehmung kommt dann auf die Steuerhinterziehungen. Klante hat sehr erregte Auseinandersetzungen mit

den Finanzämtern gehabt, die damals 4 Millionen Mark von ihm haben wollten. Es wurden dann aber doch 12 Millionen Mark beschlagnahmt. Wenn ich schlaue gewesen wäre, sagte Klante, hätte ich am 1. August Konkurs angemeldet, dann hätte man mir keinen Vorwurf machen können. Die Leute hätten mir aber die Bude eingeschlagen. Vorl.: Das war also einer der Gründe des Zusammenbruchs. — Angell.: Das war der Hauptgrund.

Das Geheimnis des „Systems Klante“.

Rummelr kommt die Verhandlung zu dem „berühmten“ System Klantes. Vorl.: Welches war denn Ihr System? Angell.: Es gibt viele Systeme. Ich behaupte nicht, daß mein System allein gut ist. Es kann auch ein anderes System sich bewähren, wenn man genügend Einzahlkapital besitzt. Gewinnen kann man nur, wenn man ein bis zwei Pferde wettet, wenn man Klassensperde wettet und Kapital hat, um eine Staffel durchzuhalten. Mein französisches System, bei dem ich keine Verbindungen hatte, war nur auf die Form der Pferde aufgebaut, die Gewichterlaubnis, den Jockei und anderes, das alles muß man beachten. Ein totes, sogenanntes starres System ist es, wenn man sich versteift auf die Tips der Zeitungen oder darauf, daß der Reiter gut ist und nun alle diese Pferde tippt. Es gibt gute Reiter in Deutschland und auch in Frankreich, welche zwanzigmal hintereinander „ferner“ gehen. Mein



11. Dezember.

Als wir Sonntag morgen aufgestanden waren, hat es tüchtig geschneit. Von unserer drei Treppen hochgelegenen Wohnung sieht es wunderschön aus. Wenn nur nicht diese Kälte wäre. Wir leiden darunter ganz besonders, weil über uns die Waschlüche und der Trockenboden liegt. Zu Mittag gab es gestern für uns fünf ein Pfund Rindfleisch zu 565 M., 5 Pfd. Kartoffeln, dazu Fett und Feuerung, so daß das ganze Essen etwa 800 M. kam. Insgesamt habe ich am Sonntag ausgegeben:

1/2 Liter Milch	90,— M.
1 Pfund Rindfleisch	565,—
2 „ „ „	124,—
1 „ Margarine	1 000,—
2 „ „ „	50,—
zusammen 1 859,— M.	

Die Kinder gingen nach dem Essen ins Jugendheim und vertrieben sich dort die Zeit auf ihre Art. Mein Mann und ich wären gern ins Theater gegangen, wir rechneten und rechneten, aber es ließ sich nicht machen. Früher waren wir Mitglieder der Volksbühne, mühten dann aber, wie so vieles, auch dieses aufgeben. Am Montag hatte ich mir viel vorgenommen. Weihnachten rückt näher, es gibt jetzt viel zu tun. Ich muß mit dem Reinenmachen anfangen. Schade, daß der Tag so kurz ist. Als ich heute mit meinem Kleinsten einholen ging, war der Junge gar nicht fortzukommen von den Schaufenstern. Pfefferkuchen und Weihnachtsmänner und was sonst noch alles sind so wieder genug da. Ich weiß nur nicht, wo die Leute das Geld zum Kaufen hernehmen. Da hört man nun: „Mutter, kauf mir dies und, Mutter, kauf mir das.“ War zu gern hätte ich ihm etwas gekauft. Ich nahm also meinen Jungen bei der Hand, ging weiter und vertrießte ihn auf Weihnachten, und nun kann er's kaum noch erwarten. Dabei muß ich aber an die anderen beiden Jungen auch noch denken. Am Montag habe ich ausgegeben:

1/2 Liter Milch	142,50 M.
1 Brot	236,—
1 Paket Streichhölzer	120,—
5 Pfund Kefel	125,—
zusammen 673,50 M.	

Zum Mittagbrot gab es heute Quetschkartoffeln, dazu eine Hafermehlsuppe. Das ganze Essen hat etwa 300 M. gekostet.

deutsches System beruhte auf Verbindungen und auf dem Höchstgewicht. Das kann ich so jetzt ruhig öffentlich erklären. Wenn man sagt, die Klappspende bringen kein Geld, so ist das ein Irrtum. Ich habe in Magdeburg auf „König Midas“ hunderte für zehn erhalten. Ich hatte 100 000 M. darauf, also eine Million gewonnen. Es ist unwahr, daß ich unläutere Modifikationen mit Jockeis und Trainern gemacht habe. Das habe ich nicht nötig gehabt. Auf Wunsch des Gerichts erklärte dann der Angeklagte den Richtern eingehend die Berechnung der Toto-Quote und die Bedeutung des sogenannten „Spitzengeldes“, doch gehen allen Ausführungen, die der Angeklagte über sein „System“ macht, lange Unterhaltungen zwischen dem Vorsitzenden und Klante voraus, da Klante immer sehr geheimnisvoll tut und sich lange zureden läßt, ehe er mit seiner „Wissenschaft“ herausrückt. Aus seiner Darstellung ist soviel zu entnehmen, daß er sich nach den Wettberichten ein Pferd herauswählte, das in dem betreffenden Rennen Zweiter geworden ist, und daß er dieses Pferd in späteren Rennen wettet. Das Pferd darf aber nur ein Gewicht haben, das von keinem der anderen Pferde erreicht wird. Auf dieses Pferd will er dann durch sämtliche Rennen, in denen es läuft, stückweise bis zum sechsten Rennen Wetten einzahlen. Klante behauptete zum Schluß, daß wenn er dieses System 1921 bis zum Schluß hätte durchhalten können, sein Gewinn bei einem Einzahl von anfänglich 10 000 M. 32 Millionen betragen hätte. Vorl.: Nun müssen wir doch alle reiche Leute werden, denn wir wissen doch jetzt, wie es zu machen ist. (Große Heiterkeit.) Daraus wurde die Verhandlung auf heute Dienstag früh 9 1/2 Uhr vertagt.

Günstiges Ergebnis des 50-Mark-Tarifes.

Die mittlere tägliche Einnahme der Straßenbahn beim 50-Mark-Tarif betrug 26 Millionen Mark und stieg während des Godsbahnerstreiks auf 31 Millionen. Durch die Erhöhung des Fahrpreises von 30 M. auf 50 M. ist die mittlere tägliche Einnahme der Straßenbahn von 26 auf 38 Millionen Mark gestiegen; am letzten Sonnabend betrug sie sogar fast vierzig Millionen Mark. Der Verkehr, der in der ersten Zeit einer jeden Tarifserhöhung nachläßt, ist jetzt wieder in steter stichlich günstigerer Zunahme begriffen.

Die Giltaktion für den Zoo. Der Reichspräsident hat im Interesse der guten Sache zugestimmt, ausnahmsweise nicht nur dem Kaiserlichen, sondern auch dem gesellschaftlichen Teil der heute (Dienstag) 7 1/2 Uhr ausgangenen des Zoo im Warmbathal stattfindenden ersten Veranstaltung (Konjunktur- und Gesellschaftsabend) beizumohnen. Den von Ludwig Juhl geleiteten Vorzug spricht an Stelle von Frau Serboes, die im letzten Augenblick ablagte, Carl de Vogt.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

- 6. Kreis Kreuzberg. Dienstag, den 12. d. M., 7 Uhr, engere Kreisversammlung mit den Abteilungsleitern bei Heim, Urbanstr. 29.
- 2. Kreis Wedding. In sämtlichen Abteilungen finden am Mittwoch, den 13. Dezember, Neuwahlen der Abteilungsleitungen statt.
- 17. Kreis Mitte. Mittwoch, den 13. Dezember, 7 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Jahr-Realgymnasium, Wollfrische. Thema: „Unsere wirtschaftliche Lage in Bezug auf unsere Organisation“. Referent Genosse Zubwig, R. d. W.

Heute, Dienstag, den 12. Dezember:

- 17. Abt. 7 Uhr Sitzung der Vorstandsmitglieder, Bezirksführer und sämtlicher Funktionäre bei Post, Rothbolz 6.
- 7. und 47. Gemeindefraktion (nicht 28. Abt.). 7 1/2 Uhr Elternversammlung in der Schulaula Stallschreiberstraße. Thema: „Jugendwohlfahrt“. Referent Genosse Hedwig Hohenstein.
- 74. Abt. Köpenick. 4 1/2 Uhr im Kaiserhof, Schlenker-Witte, Potsdamer Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Rechtsanwältin Dr. Carl-Frankfurt a. M.: „Deutschlands Not und die Aufgaben der Sozialisten“. Die Genossen werden dringend ersucht, zu diesem Vortrag vollständig zu erscheinen.
- 68. Abt. Kreuzberg. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung im Lehrerzimmer der Schule Wartenborfer Weg.
- 112. Abt. Köpenick. 7 Uhr Vorstandssitzung im Rest. Sturm, Wilhelmshagen. Sitzung, Jungfräulein! Gruppe Köpenick: Heuteabend 7 1/2 Uhr beginnt die Arbeitsgemeinschaft mit dem Genossen Regenitz über „Nachstrafen“. Interessierte Mitglieder der Arbeiterjugend und der Parteigenossen sind dazu eingeladen.

Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 13. Dezember:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Wagnstraße 68. Thema: „Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht“. Referent Genosse Stille.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ohnesorge, Kommandantenstr. 38. Thema: „Sozialdemokratie und Regimenter“. Referent Genosse Dr. Heßlin.
- 3. Abt. (Stallschreiber 128-144). 7 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer Weg. Vortrag des Genossen Schönbart über „Die wirtschaftliche Lage und Wege zur Befreiung“.
- 4. Abt. 7 1/2 Uhr im Elisabeth-Viertel (Zah. Schule), Elisabethstr. 20. Thema: „Kapitalherrschaft oder sozialistisches Erbschaft“. Referent Gen. Dr. Behlberg.
- 6. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Schwebel Str. 258-264. Thema: „Die weltliche Schule“. Referent Genosse Horst Völer.

„Dein Band wird zu sein, Anselm,“ sagte er. „Bieviele Menschen haben wir? Und jeder soll sein Haus haben und sein Feld und sein eigenes Stück Erde? Schau das Gedränge an. Schau diese Felsen Erde, und da sollen sie noch dem Staat vom Ertrag abgeben? Reiß auf, daß der Hohenboden nicht platzt!“ Er lachte sein lautes gutmütiges Lachen in den Morgen. Aber Anselm gab keine Antwort mehr. Der Regen wurde schmutzig, der Nebel dunkelte, Umrisse stiegen schwarz hervor; das Werk tauchte auf mit seinen Gebäuden, Türmen, Häusern, Baracken und Schlachthäusern. Schweigend mochten sie den Brahm fest, krochen die nasse Böschung hinauf und trauten heim, ihr Anfahrtszeug zu holen. Die Sirene begann schon zu heulen.

Sie erreichten nah und voll Schweiß ihr Zimmer, das leer war. Lorenz stand verwundert einen Augenblick vor Francis' Bett und fragte Luft und Wände, wo, zum Donnerweiter, der trankte Bursche sei mit seinem Fieber. Im Kazarett, beschied er sich nachher selbst und trottete mit langen Schritten davon. Anselmus konnte die dumpfe Bedrücktheit nicht los werden. Im Fördertorb lag sein Herz, eine Liebesleit umhing ihn und eine Angst. Die Fahrt bis zur Zofle ging endlos. Der Stollen war sehr schweigend, sie wanderten mit langen Schritten bis an sein Ende und hängten die Grubenlampen ins Gebäl.

Da fanden sie Francis. Er lag ganz still im schlammigen Grund und lachte mit einem halben Mund, als sie ihn aufhoben. Die andere Gesichtshälfte war verzogen, wie im Schlag gelähmt. Die Schädeldecke war ihm eingeschlagen. Aus den Haaren troff Schlamm und Blut in dunklem Rinnsaal. Sonderbar schien es, daß seine Augen sorgsam geschlossen waren. Anselmus schaute auf diese dünnen geschlossenen Lider, da konnte er den Mörder sehen, wie er hingekniet war und dem Toten die Augen geschlossen hatte. Er sah alles, den jahrealten, stummen Kampf in der Erde und den plötzlichen Ausbruch, der den Namenlos getrieben hatte, noch einmal seine Tat zu tun. Lorenz lud sich den toten Knaben auf, pfliff mit der Trillerpfeife Kameraden zur Hilfe her; sie kamen schwarz und gebückt wie Schatten, zogen wie Schatten wieder fort mit ihrer Last durch den dunklen Gang. Ihre nackten Sohlen verursachten kein Geräusch im Schlamm des Grundes. Anselmus blieb allein im Stollen zurück und suchte mit der Dampfe alle Schatten und Winkel ab. (Fortsetzung folgt.)

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Ulll Baum.

37]

Drinnen kochte Lärm und Dunst über vielen Menschen. Was Anselmus sah, war wie ein Stück aus der vergangenen Welt herausgerissen und hierher geschleudert, in die Dunkelheit, an den Rand des Moors. Er hörte die vergessenen Stimmen der verbotenen, vergessenen Dinge. Die Weiber stießen ihre kleinen geklügelten Schreie hervor. Die Gläser klangen, stimmerten im elektrischen Licht, verbotene Getränke flossen über die Tische. Ein Orchesterion tobte rasend und unbeseelt seinen Maschinenanzug hervor. Es gab auch schon Beirunkene, die heiser sangen und ihre Hände zwischen das Fleisch der Mädchen tauchten. Weiter sah Anselmus Fremde, Männer in den Modeanzügen der Nachbarländer, Hotelgäste, die Bernward aus der Stadt hergeschleppt hatte. Sie sahen da, als wären sie im Theater, mitteillos und verwundert lächelnd, daß dieses armeisige und alltägliche Lokal die Bergleute so entzündete. Die Mädchen loben aus, wie die Blumen im Umland des Bergwerks ausfahen, bunt und dennoch weif. Sie lagerten überall auf den roten Samtdivans, die sich um die Wände zogen, man sah ihre langen schwarzen Seidenstrümpfe. Später wurde alles zum Gewoge, zur Wirrnis von Trunkenheit und Körpern, Münzen, Keiten, Gläsern, verging im Lärm, ertrank im Dunst.

Als Anselm sich wiederand auf den beschmutzten Samtdivanten, kam schon ein wenig Morgengrau daher. Erwachend war es ihm noch, als trähten im Dorf die Hähne, als wiche etwas Sühes, ganz Lindes, Vergessenes von ihm fort in Traumesferne. Da wurde er vollends wach, sah den verwüsteten Raum und spürte seinen dumpfen, großen Kopf. Die Kameraden tasteten sich in der Frühgrau zusammen und tapteten davon; ihm zog Lorenz hinter sich her, draußen fiel Regen und Regen aus den tiefen Wolken. Als Behter kam der Halbe aus dem Haus, die Haare hingen ihm übel um das Gesicht, er war noch nicht nüchtern geworden. Anselm selbst ging wie über taufend kleine Raufwurzshügel. Langsam kroch das Licht in den Tag. Der Brahm lag geleert und an einem kleinen Dampfer vertaut. Sie sprangen schweigend und postern hin, lehnten sich an die schwarzen Bände und ließen sich Stromauf schleppen.

Anselm ließ seine Hand ins Wasser hängen und gab sich dumpfen Gedanken hin.

„Doch ein verteuft geschickter Kerl, der Bernward!“ sagte nach einer Weile Lorenz.

„Ja“, erwiderte Anselm zögernd.

„Immer voran. Versteht sein Geschäft zu machen. Da baut er nun seine kleinen Hotels überall hin, wo Mannsvolk zusammenkommt. Man schleppt ihm zu, was er will, und er ist noch der Wohlthäter. Er macht es geschickt! Es war ja ein lustiger Abend, nicht? Woran denkst du?“

Anselm gab keine Antwort; er schauerte leicht im warmen Regenrieseln, das Boot schaukelte leicht, die Ufer hoben sich aus den Nebeln und glitten immergleich daher. Anselmus sagte verloren: „Es ist genau wie damals, als ich zum erstenmal von Mädels kam. Man träumt das später noch oft. Es ist nicht schön —“

„Nun, das kennt jeder,“ sagte Lorenz und spuckte ein wenig über Bord. „Warum läßt du?“ fragte er nachher. Anselmus lächelte sonderbar, es war sein neues Lächeln aus Bitterkeit und Weichheit. Später sagte er: „Wenn wir heimkommen, hat Michael vielleicht das grüne Haus aus Granit fertig —“

„Und dann?“
„Der Freude steht über dem Tor.“
„Was gibt es da, in dem grünen Haus?“
„Ich weiß es nicht. Gärten, einen Saal, Bilder und Musik, und Frauen — sie werden dort tanzen, nur in Schleiern —“

„Nun ja,“ sagte Lorenz nach einer Pause. „Von Schleiern werden sie auch nicht anders. Immer dasselbe. Nein, weißt du — eigentlich ist alles wie es immer war. Man schindet sich in der Woche, und Sonntag geht man in solche Häuser, und Montag tut einem der Kopf weh. Das war eigentlich immer so —“

„Eigentlich,“ sagte Anselmus und brachte seine nasse Hand an den heißen Kopf. Es war nun schon hell geworden, das Band schälte sich aus dem Regen und dampfte. Im Boot schliefen sie. Lorenz legte die Hände über die Augen und beschloß die Ufer. „Das sieht aus, wie mein Hohenboden; so geschickt,“ sagte er. Und wirklich lagen lauter winzige Felder aneinander gestückt mit Gelb und Braun und Grün und Flachsblau. Kleine Hütten wuchsen bis an den Fluß heran.

Die Zustände in der Reichswehr.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gehaltsordnung für Wehrdienstliche in zweiter und dritter Lesung verabschiedet, ebenso der Entwurf eines Gesetzes über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkrieg. Bei der Beratung der Beschlüsse des Bildungsausschusses über die Not der Studienassessoren und Junglehrer wird eine Entschließung des Ausschusses angenommen, in der die Reichsregierung ermahnt wird, stellenlose Studienassessoren und Junglehrer im Reichsdienst zu verwenden oder in anderen geeigneten Berufen unterzubringen.

In der beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzten zweiten Beratung eines Gesetzes über die Feststellung des siebenten Nachtrags zum Reichshaushaltplan ernannt Reichswirtschaftsminister Dr. Becker die schwere wirtschaftliche, politische und kulturelle Gefahr an, die in der Not der deutschen Presse liegt und erklärt, daß er, wie sein Amtsvorgänger, entschlossen sei, mit allen möglichen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Die Holzabgabe werde verdreifacht werden. — Darauf wird der Etat angenommen. Es folgt dann der Nachtragset des Reichswehrministeriums.

Abg. Künstler (Soz.):

Die Reichswehr der Republik lebt immer noch in den Ueberlieferungen und dem Geist der kaiserlichen Armeen. Die monarchistischen Elemente drücken ihr den Stempel auf. Schon vor dem Kriege bestand das Offizierskorps zu 22 Proz. aus Adeligen. Das viel kleinere Offizierskorps der Reichswehr ist aber in weit höherem Maße eine Domäne des Adels, der 21,3 Proz. der Offiziere stellt. Es gibt keinen bürgerlichen General in der Reichswehr. Dieses Offizierskorps ist die Keimzelle aller antirepublikanischen Bestrebungen. Es ist wiederholt gesagt worden, der Reichstag möge sich weniger um den Geist als z. B. um die Wohngelegenheiten der Soldaten kümmern. In diesem Hause besteht Uebereinstimmung darüber, daß die Soldaten in guten Wohnungen untergebracht werden. Leider wird aber durch einen Teil der Vorgesetzten die Erfüllung dieses Wunsches unmöglich gemacht. Es gibt Garnisonen, in denen die Offiziere für ihre weit größeren Wohnungen nicht nur verhältnismäßig, sondern auch tatsächlich eine geringere Miete zahlen als die Soldaten der untersten Besoldungsstufen. Der Rechner fordert endlich die Beseitigung des Dualismus der Reserve und einen Ausgleich zwischen den Pensionen der Veteranen von 1870 und 1871, denen man heute noch 12 M. im Monat anbietet, und den ungeheuren Bezügen der pensionierten Generale, die 2 1/2 Millionen Mark pro Kopf im Jahre beziehen.

Reichswehrminister Dr. Geßler antwortet auf Angriffe des Kommunisten Thomas: Ich warne Sie, treiben Sie mit den Soldaten kein böses Spiel. Es ist das Recht des Reichswehrministers, den Soldaten Zeitungen zu verbieten, deren Inhalte die Disziplin gefährden. Ich habe das bisher nur bei dem „Miesbacher Anzeiger“ getan, der rohe Ton der kommunistischen Presse schreit die Weisheit ganz von selbst.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Thomas wird der Haushalt bewilligt und eine Beratung der übrigen Nachtragsetats auf Dienstag 3 Uhr vertagt. — Schluß 6 Uhr.

Kleine Vorlagen im Landtag.

Der Preussische Landtag nahm am Montag seine Arbeit in den Vollsitzungen wieder auf. Die Notverordnung des Staatsministeriums vom 8. November 1922 über Erhöhung der Ausgleichszuschläge wird genehmigt.

Die Deutsche Volkspartei hat zum Hebammengesetz einen Antrag auf Abänderung eingebracht. Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums teilt mit, daß eine Novelle zum Gesetz demnächst den Landtag beschäftigen wird. Nach kurzer Erörterung beschließt das Haus in zweiter Lesung die von der Deutschen Volkspartei beantragte Abänderung.

In zweiter und dritter Lesung nimmt dann das Haus die vom Beamtenausschuss insolge der Geldentwertung vorgeschlagene Verschärfung der Reisekosten der Staatsbeamten an. Eine Entschließung verlangt eine analoge Regelung der Reisekosten für Volks-, Mittel- und Berufsschullehrer.

In zweiter und dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine und ebenso der Gesetzentwurf über die Bereitstellung der Mittel zur Ausgestaltung der Grenzkommissariate angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Verordnung betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand.

Es handelt sich um den bekannten Entwurf zur Ausführung der Schutzgesetz für die Republik. Nach Ausführungen der Abg. Dollmer (Dnat.), v. Conrath (D. P.), Dr. Berndt (Dem.), Boenary (S.) und Schöly (Soz.) wird die Vorlage gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen und auch in dritter Beratung sofort endgültig genehmigt.

Das Haus fordert dann vom Staatsministerium, baldigst eine Denkschrift über die Möglichkeiten der Unterstellung des gesamten Bildungswesens und Schulwesens unter eine Zentralbehörde vorzulegen. Bis zur Entscheidung darüber

solll bei voller Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Ressorts eine engere Fühlungnahme derselben untereinander, besonders mit dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung herbeigeführt werden. Auf Grund eines Entschließungsantrages der Regierungsparteien erucht das Haus das Staatsministerium, zur Verbesserung der wissenschaftlichen Institute und Sammlungen der höheren Lehranstalten genügende Mittel bereitzustellen.

Der Antrag des Zentrums auf eine Steuermäßigung für linderreiche Beamte wird abgelehnt. Das Staatsministerium wird erucht, für die Erhaltung des Goethe-Hauses eine ausreichende jährliche Beihilfe zu gewähren und dahin zu wirken, daß auch das Reich sich mit dem gleichen Betrage beteiligt.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Kleine Vorträge, Grundsteuerreform.

Stadt- und Bezirksverordnete Magistrats- sowie Bezirksamtsmitglieder

Zusammenkunft Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Berliner Rathaus (Plenarsitzungsaal), Eingang Königstr.

Tagesordnung:

1. Die neue Städte- und Landgemeindeordnung. — 2. Distinktion. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Paul Hirsch.

Wir ersuchen, vollzählig anwesend zu sein. Auch die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind hierzu eingeladen. Ebenso haben auch Zutritt die Gemeindevorsteher in der Umgegend von Groß-Berlin. Der Bezirksvorstand.

Wirtschaft

Wer zahlt Einkommensteuer?

Se rascher die Geldentwertung voranschreitet, um so stärker wird der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer. Die hohen Einkünfte an Einkommensteuer bei den Finanzämtern in den letzten Monaten sind im wesentlichen nur von den Arbeitern und Beamten bezahlt worden. Diese Tatsache ist der bürgerlichen Presse unangenehm. Sie schweigt sie entweder tot oder streift sie ab. Das wurde ihr bisher durch die Weisheit der Veröffentlichung der Einkünfte der Einkommensteuer wesentlich erleichtert. Diese Methode ist so irreführend, daß selbst die sonst auf objektive Darstellung bedachte „Frankfurter Zeitung“ in der ersten Morgenausgabe vom 8. Dezember zu folgender Schlußfolgerung kam:

„Unter den fortwährenden Steuern brachten diesmal gegen den Oktober 1921 die Einkommensteuer 20 104 Millionen mehr wobei erstmals die aus dem Verkauf von Einkommensteuermarken eingegangenen Beträge abgezogen vermerkt wurden. Es handelt sich dabei im Oktober um 7567, in den ersten 7 Monaten bei einem Gesamtumfang aus Einkommensteuer von 69 222 Millionen um 21 910 Millionen Mark. Da Einkommensteuer im Lohn- und Gehaltsabzugsvorfahren auch noch auf anderem Wege als dem der Entrichtung in Steuermarken einkommt, so stellen die obengenannten Beträge zwar keinesfalls die Gesamtsumme der von Lohn- und Gehaltsempfängern aufzubringenden Steuerbeträge dar, aber die nunmehr vorgenommene Scheidung läßt doch bei aller Anerkennung der Mängel, die dem jetzigen Steuereinzug (Abzug an der Quelle und Veranlagung) in mehr als einer Beziehung anhaften, das eine klar erkennen: daß die noch vielfach gebrauchte agitatorische Behauptung, Einkommensteuer werde im wesentlichen nur von Arbeitern und Beamten bezahlt, mindestens eine starke Uebertreibung ist.“

Die von der „Frankfurter Zeitung“ wiedergegebenen Zahlen sind irreführend und ihre Schlußfolgerung ist falsch. Auf das Drängen der sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses hat das Reichsfinanzministerium genauere Zahlen zur Verfügung gestellt, die auch die durch Uebertreibung gezahlte Lohnsteuer erkennen lassen. Die Zahlen sind in folgender Tabelle zusammengefaßt:

1922	Aufkommen durch Steuerzahlung	Aufkommen auf Grund der Veranlagung	Anteil des Steuernabzugs am Gesamtaufkommen
April-Juli	18 224 Mill. M.	10 320 Mill. M.	55,17 Proz.
August	5 675	4 258	57,13
September	8 079	5 773	58,83
Oktober	15 757	6 127	71,97

In den Zahlen, die der „Frankf. Ztg.“ zur Verfügung standen, war der Lohnabzug im Oktober statt mit 15 757 Millionen Mark nur mit 7567 Millionen, also noch nicht mit der Hälfte eingeseht. Die jetzt vorliegenden Zahlen zeigen dagegen, daß der Satz, nach dem die Einkommensteuer im wesentlichen nur von Arbeitern und Beamten gezahlt werde, nicht eine agitatorische Behauptung, sondern eine der wichtigsten sozialen Tatsachen unserer Zeit ist.

Angeht diese Tatsache ist es allerdings verständlich, daß die bürgerliche Presse die skandalöse Behandlung der Novelle zum Einkommensteuergesetz im Steuerausschuß des Reichstags totschweigt. Trotzdem heute schon 71 Proz. der Einkommensteuer nach den amtlichen Zahlen durch die Lohn- und Gehaltsempfänger gezahlt werden, ist die Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen noch ermäßigt worden. Die darauf abzielenden Anträge der bürgerlichen Parteien wurden im Steuerausschuß des Reichstags, ohne Begründung durch die Antragsteller, ohne gründliche Beratung der komplizierten Änderungen in Tarif- und Abzugswesen en bloc gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie durchgepeitscht. Die bürgerlichen Parteien haben diese Beschlüsse bewußt gegen die stärkste Fraktion des Reichstags gefaßt. Das ist der erste bewußte Versuch der bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie bei der Regelung der wichtigsten Fragen vollständig auszuschalten, um ungehindert die Interessen der Leistungsfähigen, die gar nicht ersperrbar sind, über die Interessen der Allgemeinheit zu stellen.

Ein Reichsbund des Getreide- und Futtermittelhandels. Der Bund Deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futtermittel- und Düngemittelhändler e. V., Berlin W 8, sowie der Verein Deutscher Großhändler in Getreide-, Düngemittel- und Kraftfuttermittel e. V., Berlin W 7, haben sich am 7. Dezember 1922 in einer in Berlin abgehaltenen Versammlung zum „Reichsbund des Deutschen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsstoffen“ vereinigt, so daß es für Einzelfirmen dieser Handelszweige nur noch eine Spitzenorganisation gibt. Vorsitzender des Reichsbundes ist Reichstagsabgeordneter Hermann Cuno.

Krupps Umstellung auf Friedensproduktion. In dem Geschäftsbericht für das letzte Jahr, für das eine Dividende von 10 Proz. vorgeschlagen wird, machte die Friedrich-Krupp-A.-G. in Essen u. a. folgende Mitteilungen über die weitere Umstellung der früheren Rüstungsbetriebe auf Friedensfabrikation: Im Kraftwagenbau betrug die Erzeugung gegenüber dem Vorjahr das 4 1/2fache, in Erdemaschinen und Mischentraktoren das 2 1/2fache, in Textilmaschinen das 4fache und in Apparaten und kleineren Maschinen das 2 1/2fache. Gewinne wurden aus diesen umgestellten Betrieben indes noch nicht erzielt. Neu aufgenommen wurde der Bau von Bittermassen, Schmalspurlokomotiven mit Verbrennungsmotor, von 50-Tonnen-Kesseln und 50-Tonnen-Großgüterwagen mit Selbstentladeeinrichtung. Der interalliierte Ueberwachungsausschuß setzte seine Tätigkeit auf dem Essener Werke fort. Vom Gesamtbestand der Gussstahlfabrik an Arbeitsmaschinen wurden 43 Proz. zerstört oder zwangsweise zerstört.

Deutsche und russische Genossenschaften. Die in Petersburg weilenden deutschen Genossenschaftler haben mit der Petersburger Konsumgenossenschaft („Bepo“), welche die verschiedenen örtlichen Konsumgenossenschaften zusammenfaßt, einen Vertrag abgeschlossen, wonach die „Bepo“ 50 000 Pud Knochenmehl nach Hamburg liefert. Die erste Partie von 35 000 Pud wurde bereits abgefaßt.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind nach folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 212,95 Geld, 214,04 Brief; 1 japanischer Yen 4019,85 Geld, 4070,15 Brief; 1 brasilianischer Real 1017,45 Geld, 1022,55 Brief; 1 Schweizer Franc 1604,97 Geld, 1614,03 Brief; 1 spanischer Peseta (berichtigt) 1311,71 Geld, 1318,29 Brief; 100 österr. Kronen abgeh. 11,57 Geld, 11,73 Brief; 1 schwed. Krone 266,53 Geld, 267,67 Brief; 1 ungarische Krone 3,49 Geld, 3,51 Brief; 1 bulgarischer Lema 65,08 Geld, 65,42 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 104,23 Geld, 104,77 Brief. — 100 polnische Mark galten im freien Verkehr etwa 45 M.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Widmung, Widmung, Widmung! Wir bitten in den nächsten Wochen anzufragen, daß die Widmung an den Verein, den 17. Dezember, ausfällt. Die Widmung findet am Sonntag, den 14. Januar 1923, statt. Ferner bitten wir, auf unsere Weihnachtsfeier im Jugendheim, Lindenstr. 3, hinzuwirken.

Widmung, Jugendheim Lindenstr. 19. Vortrag: Dred und die Welt der Sozialistischen Arbeiterjugend. — Gassenid, Jugendheim Schöneberg Str. 5. Vortrag: Die Gemeindeverwaltung von Groß-Berlin. — Neudorf, Jugendheim Genserbühlener Straße 1. Vortrag: Die Lebensfrage. — Wilmersdorfer Vortrag, Jugendheim Genserbühlener Straße 28. Widmung, Vortrag: Winterfest. — Reinickendorfer, Jugendheim Genserbühlener Straße 28. Vortrag: Die Stellung des Sozialisten zum Christentum. — Schöneberg II, Jugendheim Genserbühlener Straße 10. Vortrag: Schulreform. — Steglitz, Jugendheim Wilmersdorfer Straße 48. Vortrag: Warum feiern wir Weihnachten? — Schöneberg, Jugendheim Genserbühlener Straße 28. Vortrag: Die bürgerliche Jugendbewegung. — Reinickendorfer, Jugendheim Genserbühlener Straße 15. Vortrag: Religion und Sozialismus. — Wilmersdorfer, Jugendheim Genserbühlener Straße 28. Vortrag: Erklärung der Verfassung.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. S. u. B. W. M. 22. Sehen Sie im Wochenblatt für den Deutschen Buchhandel nach; die Beantwortung im Briefkasten erscheint baldigst; zudem steht die Abonnementsverwaltung.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Parteil meist preiswert. **Koch & Seeland** G. M. G. H. Gertraudenstraße 20-21.

Schlafzimmer Anstellung nur erstklassige Anstellungen, bei und dunkel alle, also Birke, Birn, Baum, Mahagoni, Kirschholz auf weißem Ofenlack preiswert! Anhalt gleich für Lagerhaltung in Berlin! Berliner Möbelhaus Moritz Hirschowitz Südostent-Straße 25 Hochbahn Kottbuser Tor

!!! In allen Gegenden ist mein !!!
Brillanzen
Für größere Steine 1 800 000 Mark und darüber.
Gold-, Silber-, Platin-, Double-Brillanzen zum höchsten Prozentsatz.
Zahngebisse 325 000 M. und darüber! auch einzelne Zähne. Uhren 1 000 000 M. und darüber.
Münzen-Sammlungen zu enormen Ankaufspreisen.
Mein seit vielen Jahren beständigstes und erfolgreichstes Ein- und Verkaufsgeschäft gibt Ihnen die volle Garantie, streng reell und fachmännisch bedient zu werden, daher verkaufen Sie Ihre Werte

nur **Juwelen-Geschäft** Hans Kopp, Gartenstr. 105-106 zwisch. Invaliden- u. Eisenstr. 3 Minuten vom Sektiner Bahnhof. Telefon Norden 487.
Die übermäßig zahlreichen Briefe Anfragen können unmöglich Beantwortung finden, jedoch werden Warenbestellungen prompt erledigt.

CREME PERI
Eine Wohltat nach dem Rasieren!
Die fettfreie «Crème Peri» erlöst Sie von dem unangenehmen Brennen und Spannen der Haut nach dem Rasieren! Die schneeweiße, zartduftige Crème wird sofort von der Haut aufgesogen, denn die Haut bedarf ihrer. Ohne fettes oder feuchtes äußere Spuren zu hinterlassen, vollendet «Crème Peri» das heimliche Werk der Hautveredelung. In dem hohen Gehalt an dem von den Ärzten so geschätzten Hamamelis-Extrakt liegt der Grund für die verblüffenden Erfolge unserer «Crème Peri». Sie erfrischt, lindert, kühlt, fettet nicht, reibt sich vielmehr - sofort trocknend - unsichtbar in die Haut ein.
«Crème Peri» in reinen Zinntuben und eleganten Porzellandosen
Peri-Talkum-Puder
Crème Peri-Seife
Oberall erhältlich!
DR. M. ALBERSHEIM
Fabrik feiner Parfümerien
FRANKFURT A. M.
Gegr. 1892

Gold-, Silber- & Brillanzen
Hodam
Platin, alle Münzen
Uhren, Zahngebisse
Linkstraße 46
Ecke Potsdamer Str. und Potsdamer Platz.
Hohe Ankaufspreise

Photo-Platten
gebrauchte, feine Platten (ebenfalls Holz) zu sehr billigen Preisen.
Jahn, Hoffmannstr. 20, Bismarck 000.

Zahngebisse
auch zerbrochene, höchste Preise.
Reelle, sachm. Bedienung.
Zahnlaboratorium Liniestr. 199
Ecke Jochimsstr. u. Rosenstr., Pl. Kela Laden, v. 11

Metal - Ankauf
Kleinste
Hessing, Kupfer, Blei, Zink etc.

